



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

BILANZ

Tagung des Nationalrates 2007/2008

XXIII. Gesetzgebungsperiode



VORWORT

In der Tagung 2007/2008 des österreichischen Nationalrates, vom 17. September 2007 bis 18. Juli 2008, wurden wichtige Beschlüsse gefasst, zum Beispiel der Finanzausgleich zwischen Bund und Bundesländern, die Bundeshaushaltsreform, die Neuordnung der Finanzmarktaufsicht, die gesetzliche Basis für die Neue Mittelschule, die Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes für die Privatwirtschaft und des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes, die Kinderbetreuungsgeld-Novelle, die Anhebung der Mindestpension sowie die Verlängerung der Pensions-Langzeitversichertenregelung („Hacklerregelung“), die sozialrechtliche Gleichstellung freier DienstnehmerInnen, Entlastungsmaßnahmen als Reaktion auf die hohe Inflation (Senkung bzw. Streichung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, höhere Pendlerpauschale und die Dämpfung des Inflationsschubes bei Mieten).

Der Vertrag von Lissabon wurde ratifiziert. Ein neuer Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt. Darüber hinaus wurde eine fixe Planung der Ausschüsse getroffen sowie die Anzahl der Sitzungen des Nationalrates erhöht.

An dieser Stelle möchte ich auch dieses Jahr wieder den Bediensteten des Hauses für ihr hohes Engagement meinen herzlichen Dank aussprechen.

2008 ist auch ein Jahr der Rückblicke: Die Republik feiert ihren 90. Geburtstag, vor 70 Jahren verlor Österreich seine Unabhängigkeit. Aus diesem Anlass fand am 12. März 2008 in Erinnerung an den sogenannten Anschluss Österreichs im Historischen Sitzungssaal des Hohen Hauses eine gemeinsame Gedenksitzung von Nationalrat und Bundesrat statt.

Das Parlament hat seine Bemühungen, Kenntnisse um Demokratie und Parlamentarismus sowie das Nutzen politischer Partizipation bereits an junge Menschen zu vermitteln, fortgesetzt. Dieser Absicht wurde im letzten Arbeitsjahr unter anderem mit der Eröffnung der Demokratiewerkstatt, der Abhaltung des 3. Österreichischen Kinderkongresses, der Einrichtung einer Parlamentswebsite für Kinder sowie einem neu konzipierten Jugendparlament entsprochen.

Das Parlament konnte zahlreiche internationale Aktivitäten setzen. Dazu zählten das erste internationale parlamentarische Forum für das Verbot von Streumunition, internationale Konferenzen über Maßnahmen gegen Menschenhandel und gegen häusliche Gewalt, sowie eine Vielzahl bilateraler Besuche im Haus. Ich nenne hier als Beispiele König Gustav von Schweden, den Präsidenten der Republik Vietnam Nguyen Minh Triet, den slowenischen Staatspräsidenten Danilo Türk, den tschechischen Premierminister Mirek Topolánek sowie unter anderen die Parlamentspräsidenten von Finnland, Slowenien und Montenegro.

Das Parlament war über diese Aktivitäten hinaus mit einer Vielzahl an Veranstaltungen wieder Ort des gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Dialogs.

Die vorliegende „Bilanz“ zeigt die Vielfalt der vergangenen Tagung. Sie sind herzlich eingeladen, sich auch mittels der Website des Parlaments zu informieren (www.parlament.gv.at)



Mag.^a Barbara Prammer
Präsidentin des Nationalrates



INHALTSVERZEICHNIS

1. Bilanz der Legislativen Parlamentsarbeit	Seite 6
2. Untersuchungsausschüsse	Seite 14
3. Geschäftsordnungs-Komitee	Seite 16
4. Die Tätigkeiten des Nationalfonds der Republik Österreich und des Allgemeinen Entschädigungsfonds im Berichtszeitraum Juli 2007 bis Juni 2008.....	Seite 17
5. Parlament und Europa in der Tagung 2007/2008	Seite 19
6. Internationale Kontakte	Seite 24
7. Bau- und Sanierungsvorhaben 2008	Seite 29
8. Der Dialog mit der Öffentlichkeit in Zahlen: Statistisches Material zu Veranstaltungen, Parlamentsführungen.....	Seite 31
9. Zu den Veranstaltungen des Parlaments während der Tagung 2007/2008	Seite 33
10. Die Demokratiewerkstatt im Palais Epstein und das Jugendparlament	Seite 38
11. Die Personalentwicklung in der Parlamentsdirektion.....	Seite 43
12. Informationsangebot des österreichischen Parlaments	Seite 45
<i>www.parlament.gv.at</i> : Angebot im Internet	
BürgerInnenservice	
Parlamentsführungen	
Besuch von Plenarsitzungen	
Pressedienst	
Bibliothek	
Parlamentsarchiv/Parlamentarische Dokumentation	

1. Bilanz der Legislativen Parlamentsarbeit

Am 18. Juli geht die zweite Tagung der XXIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates zu Ende.

Wichtige Beschlüsse, die der Nationalrat in dieser Zeit gefasst hat, waren unter anderem:

- der Finanzausgleich zwischen Bund und Bundesländern
- die Bundeshaushaltsreform
- die Neuordnung der Finanzmarktaufsicht
- die gesetzliche Basis für die Neue Mittelschule
- die Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes für die Privatwirtschaft und des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes
- die Kinderbetreuungsgeld-Novelle
- die Anhebung der Mindestpension
- die Verlängerung der Pensions-Langzeitversichertenregelung („Hacklerregelung“) und
- die sozialrechtliche Gleichstellung freier DienstnehmerInnen.

Darüber hinaus hat der Nationalrat Entlastungsmaßnahmen gegen die stark steigenden Energie- und Lebensmittelpreise beschlossen, darunter etwa:

- eine Senkung bzw. Streichung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für BezieherInnen niedriger Einkommen
- eine Erhöhung des Pendlerpauschales und des Kilometergelds
- ein Vorziehen der nächsten Pensionserhöhung und
- ein Gesetz zur Dämpfung eines drohenden Inflationsschubs bei Mieten.

Weiters fanden folgende Beschlüsse eine Mehrheit im Nationalrat:

- ein Jugendbeschäftigungspaket mit einer Ausbildungsgarantie für Jugendliche
- die Aufstockung der Förderungen für Ökostrom
- eine Ausweitung der Kompetenzen für Pflegekräfte in Privathaushalten
- finanzielle Anreize zum Kauf abgasarmer Fahrzeuge
- die verpflichtende Meldung von Schenkungen

Mit Hinblick auf den internationalen Kontext sind die Zustimmung zum Vertrag von Lissabon sowie in Folge der „Wiener Konferenz“ gegen Streumunition im Dezember 2007 ein gesetzliches Verbot derselben in Österreich zu nennen.

Auf besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit stieß darüber hinaus die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung möglicher Fälle von Amts- und Machtmissbrauch im Innenministerium und in anderen Ressorts.

Zuletzt war der Nationalrat mit einer Regierungsumbildung konfrontiert: Maria Fekter löste Innenminister Günther Platter ab, Frauenministerin Doris Bures folgte die bisherige Staatssekretärin Heidrun Silhavy nach, zu deren Nachfolger wiederum Andreas Schieder als Staatssekretär im Bundeskanzleramt ernannt wurde.

Um künftig zu vermeiden, dass Beschlüsse des Nationalrates ohne Behandlung im zuständigen Ausschuss gefasst werden, vereinbarten die fünf Parlamentsfraktionen eine fixe Ausschussplanung. Weit vorab festgelegte Ausschusssitzungen sollen in Hinkunft verhindern, dass Ausschüsse wegen Terminproblemen einzelner Fraktionen

nicht zusammentreten können. Gleichzeitig wurde die Zahl der Plenarsitzungen – in Reaktion auf einen dreitägigen Sitzungsmarathon Anfang Dezember mit rund 70 Gesetzesbeschlüssen – nachträglich erhöht.

Auch die Kritik der Opposition an der verspäteten Vorlage umfangreicher Abänderungen zu einzelnen Gesetzesvorhaben zeitigte Konsequenzen. So wurden etwa die Ausschussberatungen über die Einrichtung des Asylgerichtshofs oder über die 24-Stunden-Betreuung verlängert. Zuletzt wurde sogar ein Gesetzesvorhaben, die Ökostromgesetz-Novelle, an den zuständigen Ausschuss rückverwiesen.

Im Lichte der angestrebten Stärkung von Minderheitenrechten im Nationalrat ist dies als positive Entwicklung zu werten.

In Form von ganztägigen parlamentarischen Enqueten befasste sich der Nationalrat mit den Themen „Medienrecht und Opferschutz“, der beabsichtigten Novellierung des Universitätsgesetzes sowie der Zukunft der Musikwirtschaft und der Musikausbildung in Österreich.

Übersicht über die Tätigkeit des Nationalrats in der XXIII. Gesetzgebungsperiode (Stand 69. Sitzung vom 10. Juli 2008)

	2006 2007	2007 2008	GESAMT	ABSTIMMUNG			
ANZAHL DER PLENARSITZUNGEN	30	39	69				
davon „Sondersitzungen“	2	3	5				
davon Zuweisungssitzungen	11	16	27				
DAUER DER PLENARSITZUNGEN							
Stunden	212	259	472 *)				
Minuten	24	48	12 *)	einstimmig. Anz.	%	mehrstimmig. Anz.	%
VOM PLENUM BESCHLOSSEN, GENEHMIGT BZW. ZUR KENNTNIS GENOMMEN:							
Gesetze	65	156 ¹⁾	221 ¹⁾				
davon Bundesverfassungsgesetze	2	3	5	1	20,00	4	80,00
Staatsverträge	19	31	50	37	74,00	13	26,00
Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG	–	6	6	3	50,00	3	50,00
Berichte der Bundesregierung	–	11	11	4	45,45	6	54,55
Berichte der Volksanwaltschaft	2	–	2	2	100,00	–	–
Berichte des Rechnungshofes	–	23	23	22	95,66	1	4,34
StenoProtokolle über parlamentar. Enqueten	–	–	–	–	–	–	–
Bundesrechnungsabschluss	–	2	2	–	–	2	100,00
VON AUSSCHÜSSEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN:							
Berichte der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder	20	61	81	46	56,79	35	43,21
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN MITGL. D. BREG.	1358	3316	4674 **)				
davon dringliche Anfragen	4	7	11 **)				
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN							
Präsidenten d. Nationalrates	18	21	39 **)				
Präsidenten d. Rechnungshofes	2	4	6 **)				
Ausschussobmänner	2	–	2 **)				
FRAGESTUNDEN	2	10	12				
AUFGERUFENE MÜNDLICHE ANFRAGEN	10	60	70				
davon SPÖ	2	16	18				
davon ÖVP	2	17	19				
davon Grüne	2	10	12				
davon FPÖ	2	11	13				
davon BZÖ	2	6	8				
MÜNDLICHE ZUSATZFRAGEN	40	234	274				
davon SPÖ	8	42	50				
davon ÖVP	8	42	50				
davon Grüne	8	49	57				
davon FPÖ	8	47	55				
davon BZÖ	8	54	62				
AKTUELLE STUNDEN	5	10	15				
AUSSCHUSSSITZUNGEN	109	151	260 ²⁾				
Unterausschuss-Sitzungen	12	21	33				
Untersuchungsausschuss-Sitzungen ¹⁾	88 ³⁾	18 ⁴⁾	106				
Sitzungen von Enquete-Kommissionen	–	–	–				
Sitzungen von Enqueten	1	3	4				
Sitzungen der Präsidialkonferenz	18	16	34				

*) Stand: 67. Sitzung vom 09. Juli 2008

**) Stand vom 04. Juli 2008

1) Unter Berücksichtigung der 5 aufgrund der Tagesordnung der 68. Sitzung des Nationalrates am 10. Juli 2008 zu fassenden Gesetzesbeschlüsse. Vorläufiger Datenstand gem. §51 GOG-NR

2) Eine Sitzung des Hauptausschusses in der tagungsfreien Zeit am 13.07.2007

3) Beschaffung von Kampfflugzeugen 48 Sitzungen sowie Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister 40 Sitzungen

4) Amtsführung im Bundesministerium für Inneres und weiteren Bundesministerien

Übersicht betreffend die schriftlichen Anfragen in der Tagung 2007/2008 der XXIII. GP (Stand 4. Juli 2008)

gerichtet an	SPÖ	ÖVP	Grüne	FPÖ	BZÖ	Gemeins.	Gesamt
Bundeskanzler	8	12	52	34	9	–	115
Vizekanzler	–	–	–	–	–	–	0
BM f. Frauen, Medien und öffentlichen Dienst	7	6	24	17	4	–	58
BM f. europäische und internationale Angelegenheiten	16	3	37	190 ¹⁾	8	1	255
BM f. Finanzen	46	4	57	40	5	1	153
BM f. Gesundheit, Familie und Jugend	66	3	52	36	11	1	169
BM f. Inneres	103	1	69	1137 ²⁾	13	1	1324
BM f. Justiz	42	11	51	92	12	–	208
BM f. Landesverteidigung	8	25	29	99	5	–	166
BM f. Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	40	2	78	32	6	–	158
BM f. Soziales und Konsumentenschutz	17	13	50	30	9	–	119
BM f. Unterricht, Kunst und Kultur	20	26	85	47	6	–	184
BM f. Verkehr, Innovation und Technologie	25	28	79	33	13	–	178
BM f. Wirtschaft und Arbeit	37	1	43	28	16	–	125
BM f. Wissenschaft und Forschung	43	3	36	18	3	1	104
Präsident des Rechnungshofes	1	–	3	–	–	–	4
Präsidentin des Nationalrates	–	3	7	5	6	–	21
Summe	479	141	752	1838	126	5	3341

Dringliche Anfragen, Dringliche Anträge, Entschließungen, Petitionen und Burgerinitiativen (Stand 69. Sitzung vom 10. Juli 2008)

	2006 2007	2007 2008	GESAMT
DRINGLICHE ANFRAGEN	4	7	11
davon SPÖ	1	–	1
davon ÖVP	–	–	–
davon Grüne	1	3	4
davon FPÖ	–	–	–
davon BZÖ	2	4	6
DRINGLICHE ANTRÄGE	4	7	11
davon SPÖ	–	–	–
davon ÖVP	–	–	–
davon Grüne	2	3	5
davon FPÖ	1	4	5
davon BZÖ	1	–	1
vom Nationalrat gefasste Entschließungen	34	57	91 ³⁾
eingelangte Petitionen	20	23	43
eingelangte Burgerinitiativen	13	7	20

1) Darin enthalten eine 141 Einzelanfragen umfassende Anfrageserie betreffend sterreichische Vertretungsbehörden im Ausland.

2) Darin enthalten eine 940 Einzelanfragen umfassende Anfrageserie betreffend Facility Management im Bereich der Polizeiinspektionen.

3) Unter Berücksichtigung der zwei aufgrund der Tagesordnung der 68. Sitzung des Nationalrates am 10. Juli 2008 zu fassenden Entschließungen; gegebenenfalls aufgrund von im Sitzungsverlauf eingebrachten unselbständigen Entschließungsanträgen gefasste Entschließungen bleiben unberücksichtigt.

Anmerkungen

- Die %-Zahl der einstimmig gefassten Beschlüsse in der Tagung 2007/2008 (ca. 40%) war deutlich höher als in der Tagung 2006/2007 (34%)
- Von den drei Sondersitzungen des Nationalrates in dieser Tagung fanden zwei auf Verlangen der Grünen und eine auf Verlangen des BZÖ statt. Die Grünen thematisierten dabei die Abschiebep Praxis von jahrelang in Österreich lebenden Fremden und den vermuteten Machtmissbrauch im Innenministerium, das BZÖ den Dauerstreit der Regierung und die seiner Meinung nach verfehlte Sozialpolitik.
- Die schriftlichen Anfragen an Regierungsmitglieder erreichten einen Höchststand. Innenminister Günther Platter wurde von der FPÖ in 940 Anfragen mit insgesamt 18.800 Einzelfragen um den baulichen Zustand und die Bewirtschaftung sämtlicher Polizeiinspektionen und anderer Polizeidienststellen ("Facility Management") befragt; Außenministerin Ursula Plassnik ebenfalls von der FPÖ um den Sach- und Personalaufwand der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und die Vorgangsweise bei Visa-Erteilungen (141 Anfragen mit insgesamt 3.080 Einzelfragen).

Ausschüsse des Nationalrates

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Obfrau seit 28.02.2007: Renate Csörgits (S)
Vorgängerin: Heidrun Silhavy (S) von 29.11.2006 bis 15.01.2007



Foto: Petra Spiola

Außenpolitischer Ausschuss

Obmann/Obfrau: --- ¹⁾
Vorgänger: Mag. Andreas Schieder (S) von 27.11.2007 bis 02.07.2008
Vorgänger: Dr. Caspar Einem (S) von 29.11.2006 bis 31.10.2007



Foto: DeSt

Bautenausschuss

Obfrau seit 28.02.2007: Mag.^a Ruth Becher (S)
Vorgängerin: Doris Bures (S) von 29.11.2006 bis 15.01.2007



Foto: Hubert Dimko

Budgetausschuss

Obmann seit 17.11.2006: Jakob Auer (V)



Foto: Renate Katteneder

Familienausschuss

Obfrau seit 29.11.2006: Ridi Steibl (V)



Foto: Jungwirth

Finanzausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll (V)



Foto: Wirtschaftsbund NÖ

Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie

Obfrau seit 29.11.2006: Michaela Sburny (G)



Foto: Claudia Prieler

Geschäftsordnungsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Michael Spindelegger (V)



Foto: Schnabl

Gesundheitsausschuss

Obfrau seit 20.06.2007: Dr.ⁱⁿ Dagmar Belakowitsch-Jenewein (F)
Vorgängerin: Obfrau Barbara Rosenkranz (F) von 29.11.2006 bis 13.06.2007



Foto: W. Bichler

Gleichbehandlungsausschuss

Obfrau seit 20.05.2008: Mag.^a Gisela Wurm (S)
Vorgängerin: Gabriele Heinisch-Hosek (S) von 29.11.2006 bis 08.04.2008



Foto: Cornelia Kaufmann

Hauptausschuss

Obfrau seit 30.10.2006: Mag.^a Barbara Prammer (S)



Foto: Petra Spiola

Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses

Obfrau seit 30.10.2006: Mag.^a Barbara Prammer (S)



Foto: Petra Spiola

¹⁾ Die Neuwahl nach Bestellung von Mag. Schieder zum Staatssekretär ist offen

Foto: Schnabl



Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Michael Spindelegger (V)

Foto: Studio Schreiner



Immunitätsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Heribert Donnerbauer (V)

Foto: Fotostudio Haslinger



Ausschuss für innere Angelegenheiten

Obmann seit 29.11.2006: Rudolf Parnigoni (S)

Foto: Paul Wilke



Ständiger Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten

Obmann seit 20.03.2007: Dipl.-Ing. Hannes Missethon (V)

Foto: Studio Schreiner



Justizausschuss

Obmann seit 20.09.2007: Mag. Heribert Donnerbauer (V)

Vorgängerin: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Maria Theresia Fekter (V) von 29.11.2006 bis 30.06.2007

Foto: SPÖ



Ausschuss für Konsumentenschutz

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Johann Maier (S)

Foto: Schefcik



Kulturausschuss

Obfrau seit 29.11.2006: Mag.^a Christine Muttonen (S)

Foto: privat



Landesverteidigungsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Peter Fichtenbauer (F)

Foto: Foto Scheinast



Ständiger Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses

Obmann seit 30.11.2007: Stefan Prähauser (S)

Vorgänger: Anton Gaál (S) von 29.11.2006 bis 26.09.2007

Foto: Reiberger/Glettler



Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft

Obmann seit 29.11.2006: Fritz Grillitsch (V)

Foto: Grüner Klub



Ausschuss für Menschenrechte

Obfrau seit 27.11.2007: Mag.^a Brigid Weinzing (G)

Vorgängerin: Mag.^a Terezija Stoits (G) von 29.11.2006 bis 30.06.2007

Foto: Petra Spiola



Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen

Obfrau seit 28.05.2008: Ulrike Königsberger-Ludwig (S)

Vorgängerin: Mag.^a Gisela Wurm (S) von 29.11.2006 bis 06.05.2008

Foto: Claudia Prieler



Rechnungshofausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Werner Kogler (G)

Ausschuss für Sportangelegenheiten

Obmann seit 29.11.2006: Hermann Krist (S)



Foto: Fotoatelier Yvonne

Tourismusausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Josef Bucher (B)



Foto: Foto Hammerschlag

Umweltausschuss

Obfrau seit 29.11.2006: Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek (G)



Foto: HOPI MEDIA

Unterrichtsausschuss

Obmann seit 18.09.2007: Fritz Neugebauer (V)
Vorgänger: Werner Amon, MBA (V) von 29.11.2006 bis 17.09.2007



Foto: Petra Spiola

Unvereinbarkeitsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Ing. Hermann Schultes (V)



Foto: privat

Verfassungsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Peter Wittmann (S)



Foto: Pedro Kramreiter

Verkehrsausschuss

Obfrau seit 30.04.2008: Anita Fleckl (S)
Vorgänger: Kurt Eder (S) von 29.11.2006 bis 31.12.2007



Foto: Petra Spiola

Volksanwaltschaftsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Ewald Stadler (F)



Foto: Photostudio Haslinger

Ausschuss für Wirtschaft und Industrie

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Reinhold Mitterlehner (V)



Foto: Foto zentrum Reiberger

Wissenschaftsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Dr. Martin Graf (F)



Foto: FPÖ Wien

Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des §9 des Finanz-Verfassungsg 1948

Vorsitzender seit 29.11.2006: DDr. Erwin Niederwieser (S)



Foto: Rupert Larl

Untersuchungsausschuss

Obmann seit 07.03.2008: Dr. Peter Fichtenbauer (F)



Foto: Renate Katteneder

2. Untersuchungsausschüsse (Stand 30.06.2008)

Besondere Aufmerksamkeit in der ablaufenden Tagung erhielt der am 3. März 2008 eingesetzte Untersuchungsausschuss des Nationalrates „hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten“, der sich am 7. März konstituierte. Grundlage für den Beschluss war ein gemeinsamer Antrag der Grünen, der FPÖ und des BZÖ, dem die SPÖ zustimmte; die ÖVP sprach sich gegen die Einsetzung des Ausschusses aus.

Protokolle werden veröffentlicht

Alle öffentlichen Protokolle des Untersuchungsausschusses über die Einvernahme von Auskunftspersonen wurden von Anfang an umgehend als Kommunikués auf der Homepage des Parlaments veröffentlicht. Dies erfolgt auf Grund eines einstimmigen Beschlusses im Untersuchungsausschuss.

Akten auf DVD

Erstmalig werden die von den Ressorts angelieferten Akten, sofern sie nicht von diesen als geheim eingestuft werden, in einer in der Parlamentsdirektion kurzfristig entwickelten Hightech-Scannerstraße eingescannt. Vollautomatisiert erfolgen eine elektronische Verarbeitung und das Brennen auf DVD's in den Parteifarben mit einer Vielzahl von Sicherheitsmerkmalen gegen unerlaubte Veröffentlichungen. Jede einzelne der bisher fast 500.000 gescannten Seiten weist einen fraktionsbezogenen Faksimileschutz und einen Hinweis auf die Vertraulichkeit auf. Jede Seite kann auf Grund ihrer Kopfzeile einem der bisher über 2200 angelieferten Aktenordner zugeordnet werden. Die größte eingescannte Aktenlieferung des LG f. Strafsachen Wien mit 34 Schachteln und 76.000 Seiten fand so auf nur 4 DVD's Platz. Dem Mehraufwand stehen Einsparungen beim konventionellen Papierkopier- und Akteneinsichtsdienst gegenüber.

Schutz der Vertraulichkeit

Genaue, detaillierte Festlegungen sollten sicherstellen, dass die Vertraulichkeit der Akten strikt gewahrt wird. Alle getroffenen Maßnahmen können aus Sicherheitsgründen nicht bekanntgegeben werden. Die folgende Aufstellung liefert einen Überblick.

- Jede Aktenanforderung an eine Dienststelle enthält eine Belehrung über die festgelegten Vertraulichkeitsstufen VSa-I (Vertraulich) oder II (Geheim) und deren Auswirkungen. Die Einstufung obliegt der übersendenden Dienststelle.
- VSa I – Vertraulich-Akten werden von der Parlamentsdirektion gescannt, aber nur mit einem geschützten fraktionsbezogenem Faksimileschutz auf DVD's an die Fraktionsführer (Bevollmächtigte) nachweislich mit Datum/Uhrzeit ausgegeben. Die DVD's enthalten einen Vertraulichkeits- und Strafgesetzbuch-Hinweis.
- VSa II – Geheim-Akten werden zusätzlich gesondert gelagert. Sie dürfen weder gescannt noch kopiert noch fotografiert werden.
- Akteneinsichtsräume sind besonders gesichert.
- Jede/r Aktenzugangsberechtigte wurde vom Untersuchungsausschuss namentlich beschlossen bzw. als Ausschussmitglied von der Präsidentin des Nationalrates vereidigt. Fotolisten liegen zur besseren Kontrolle auf. Akteneinsichten erfolgen nur unter Aufsicht. Handys müssen vorher abgegeben werden.

- Jede einzelne der bisher gescannten fast 500.000 Seiten hat nicht nur den Faksimileschutz erhalten, sondern auch einen elektronisch aufgestempelten Hinweis auf § 310 StGB in roter Farbe. Über eine Kopfzeile kann jedes Blatt einem der bisher 2200 angelieferten Aktenordner zugeordnet werden. Die Scannung der Akten erfolgt nach dem 4-Augen-Prinzip.
- Die Scannerstraße bildet ein geschlossenes Netzwerk, in das man wegen der fehlenden Verbindung weder von aussen eindringen, noch von innen hinaus senden kann. Die Festplatten sind verschlüsselt; die PC's (Server) mit Stahlseilen an der Wand gesichert.

Zeit und Kosten

Der Arbeitsaufwand für die Untersuchungsausschüsse von März bis Juni 2008 kann mit folgenden Zahlen zusammengefasst werden:

Sitzungen	18
Sitzungsstunden	105
Befragung von Auskunftspersonen (teilweise mehrfach)	39
Verfasste Protokollseiten	1560
Gescannte Seiten	474.000
Kosten	ca. 505.000 €

In den Kosten enthalten sind Personalkosten der Parlamentsdirektion, Zahlungen an externe StenographInnen und Schreibkräfte sowie Vergütungen an die Klubs und an die VerfahrensanwältInnen gemäß §19 Abs. 4 VO-UA. In den Kosten sind auch Ausgaben für Tresore und die EDV enthalten.

Stand der inhaltlichen Arbeit

Der Ausschuss hat 32 Prüfaufträge zu erfüllen und diese zu acht so genannten Beweisthemen zusammengefasst, die von "Machtmissbrauch" bis "Parteienfinanzierung" reichen. Der Ausschuss arbeitet derzeit das erste dieser Beweisthemen ab.

3. Geschäftsordnungs-Komitee

Am 26. März 2007 hat das Geschäftsordnungs-Komitee des Nationalrates unter dem Vorsitz der Präsidentin des Nationalrates seine Arbeit aufgenommen. Dem Geschäftsordnungs-Komitee gehören außer der Präsidentin Barbara Prammer, dem Zweiten Präsidenten Michael Spindelegger und der Dritten Präsidentin Eva Glawischnig-Piesczek folgende Abgeordnete an: Günther Kräuter (SPÖ), Beatrix Karl (ÖVP), Dieter Brosz (Grüne), Martin Graf (FPÖ) und Herbert Scheibner (BZÖ). Überdies sind im Komitee je eine Expertin beziehungsweise ein Experte der fünf Fraktionen sowie MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion vertreten.

Im Geschäftsordnungs-Komitee wurden bisher unter anderem folgende Themen behandelt: Reform der Fragestunde, Neugestaltung der Europatage, faire Redezeiten für alle Abgeordneten sowie die Öffnung der Ausschüsse. Zur Frage der Weiterentwicklung des Instrumentariums der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse sowie des Ausbaus der Kontroll- und Minderheitsrechte haben die Mitglieder des Geschäftsordnungs-Komitees in der Sitzung am 16. Oktober 2007 eine eigene Untergruppe unter dem Vorsitz des Zweiten Präsidenten Dr. Michael Spindelegger eingesetzt. Die Untergruppe hat sich mit drei Themenbereichen beschäftigt: Das erste Thema war die Frage, ob ein Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht in der Geschäftsordnung Niederschlag finden soll. Das zweite war die Frage, ob aufgrund der Erfahrungen aus den beiden abgelaufenen Untersuchungsausschüssen die Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse verbessert werden soll. Der dritte Themenkomplex betraf den Ausbau der Minderheitenrechte. Zu keinem dieser Punkte hat es in der Untergruppe eine einvernehmliche Lösung gegeben.

Im Geschäftsordnungs-Komitee gab es Einvernehmen über die Reform der Fragestunde sowie die Neugestaltung der Europatage. Hiezu liegen von der Parlamentsdirektion ausgearbeitete Gesetzentwürfe vor. Die Fragestunden sollen lebendiger und damit interessanter werden. Einen ersten positiven Eindruck von einer möglichen neu gestalteten Fragestunde konnten die ZuseherInnen sowie die Abgeordneten und anwesenden Regierungsmitglieder bereits während der Plenarsitzung am Donnerstag, den 5. Juni 2008 gewinnen.

Für die weiteren Kapitel der GO-Reform wurde in der Präsidiale Einigung darüber erzielt, dass ausstehende Änderungen in Einzelschritten beraten und vorgenommen werden sollen.

4. Die Tätigkeiten des Nationalfonds der Republik Österreich und des Allgemeinen Entschädigungsfonds im Berichtszeitraum Juli 2007 bis Juni 2008

Der Nationalfonds hat im Zeitraum Juli 2007 bis Juni 2008 seine Zielsetzung, „die besondere Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen“ durch unterschiedlichste Aktivitäten wahrgenommen. Im Berichtszeitraum wurden für rund 115 Anträge Gestezahlungen geleistet, einschließlich Zahlungen für Anträge auf Zweit- bzw. Drittauszahlung in Fällen sozialer Bedürftigkeit. Im Zuge der Mietrechtsentschädigung erfolgten Nachzahlungen in Höhe von je 1000 Euro für weitere rund 340 AntragstellerInnen.

Projektförderungen

Der Nationalfonds legte weiterhin einen Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildung zur NS-Zeit und Hilfe für Holocaust-Überlebende durch weitgespannte Projektförderungen. Im Berichtszeitraum wurden Förderungen für über 120 Projektanträge genehmigt. Seit 1996 sind vom Kuratorium des Nationalfonds Fördermittel für über 700 Gedenk-, Geschichts- und Hilfsprojekte im In- und Ausland freigegeben worden. Alle bisher geförderten Projekte werden seit März 2008 in einer Datenbank auf der Website des Nationalfonds vorgestellt. Die Gesamtfördersumme, die der Nationalfonds seit 1996 für Projektförderungen aufgebracht hat, beträgt rund 15 Mio Euro (Stand Jänner 2008).

Tätigkeit im Bereich der Kunstrestitution

Seit Juli 2007 ist die Kunst-Datenbank des Nationalfonds auch in einer englischen Version verfügbar. Die Kunst-Datenbank des Nationalfonds hat sich im Berichtszeitraum als stark nachgefragtes Informations- und Kontaktforum zur Abklärung der Herkunft von Objekten in öffentlichen Sammlungen und Museen etabliert. Enthielt die Kunst-Datenbank im Juni 2007 8.554 Objektdatensätze, ist diese Zahl bis Juni 2008 auf 8.934 angewachsen. Die durch die Kunst-Datenbank geschaffene weltweite Publizität von herkunftsbedenklichen Kunstwerken sowie die diesbezüglich ermöglichten Kontakte mit den ProvenienzforscherInnen in den öffentlichen Sammlungen bieten zusätzliche Möglichkeiten, das Kunstrückgabegeschehen in Österreich transparent zu gestalten.

Monetäre Leistungen des Allgemeinen Entschädigungsfonds und Naturalrestitution von Liegenschaften

Die durch Änderung des Entschädigungsfondsgesetzes vom 13. Dezember 2005 ermöglichte vorgezogene Auszahlung von Leistungen des Allgemeinen Entschädigungsfonds ist im Berichtszeitraum zügig vorangeschritten. Sowohl die Auszahlungssumme als auch die Anzahl der AntragstellerInnen, die eine Leistung erhalten haben, hat sich von Juli 2007 bis zum Juni 2008 nahezu verdoppelt: Während im Juli 2007 Zahlungen von insgesamt rund 49 Mio Euro an über 6.000 Leistungsberechtigte angewiesen wurden, steht der Fonds im Juni 2008 bei Zahlungen von insgesamt rund 98 Mio Euro an über 11.000 AntragstellerInnen. Der Stand der Antragsbearbeitung ist im Berichtszeitraum weit fortgeschritten: 90% aller 20.641 Anträge sind durch das Antragskomitee des Entschädigungsfonds mittlerweile entschieden (18.546); die historischen Recherchen sind für 99% der Anträge abgeschlossen (20.567), ebenso die juristischen Fallprüfungen für 96% aller Anträge (19.750).

Im angesprochenen Zeitraum bis zum Fristende 31. Dezember 2007 sind bei der Schiedsinstanz für Naturalrestitution weitere rund 200 Einzelanträge auf Liegenschaftsrückgabe eingetroffen. Damit hat sich die Anzahl Rückgabeanträge von 1.929 im Juli 2007 auf 2.123 Anträge erhöht, die im Juni 2008 in Bearbeitung stehen

oder bereits entschieden sind. Nach wie vor bezieht sich die Mehrzahl der Anträge auf Liegenschaften, die nicht im öffentlichen Eigentum stehen oder nicht näher konkretisiert werden können. Hier tritt der Geschäftsapparat der Schiedsinstanz in Korrespondenz mit den AntragstellerInnen, um ergänzende Auskünfte zu erhalten. Zirka ein Fünftel der Anträge (431) erfüllt die Antragsvoraussetzungen; von dieser Gruppe sind über die Hälfte (220) durch eine Rückgabe-Empfehlung oder -Ablehnung der Schiedsinstanz bereits entschieden worden.

5. Parlament und Europa in der Tagung 2007 / 2008

Der Prozess der Europäisierung aller Politikbereiche setzt sich kontinuierlich fort. Europäische Themen sind integraler Bestandteil der parlamentarischen Tätigkeit. Dabei sind Nationalrat und Bundesrat nicht nur in der Umsetzung von EU-Recht tätig, vielmehr geht es immer mehr um die Mitwirkung an EU-Vorhaben vor einer Beschlussfassung auf europäischer Ebene.

Die österreichische Bundesverfassung räumt dem Nationalrat und dem Bundesrat hier umfassende Kompetenzen ein. Die Bundesregierung ist verpflichtet, Nationalrat und Bundesrat über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu informieren, mögliche Stellungnahmen sind dann für die Bundesregierung bei den Verhandlungen auf EU-Ebene zu berücksichtigen.

Der Vertrag von Lissabon

In der Tagung 2007/2008 stand der Vertrag von Lissabon im Zentrum der europapolitischen Debatte. Nach einem öffentlichen Hearing zum Vertrag wurde dieser Gegenstand in vier Sitzungen des Verfassungsausschusses ausführlich erörtert.

Am 9. April 2008 erfolgte dann die Beschlussfassung im Plenum des Nationalrates und am 24. April 2008 im Plenum des Bundesrates. Begleitet wurde dieser parlamentarische Fahrplan von drei öffentlichen Informationsveranstaltungen im Plenarsaal des Nationalrates.



*Vertrag von Lissabon
Verfassungsausschuss am 5. Februar 2008
im Budgetsaal*

Inhaltlich ist hervorzuheben, dass den nationalen Parlamenten mit dem Vertrag von Lissabon auch auf europäischer Ebene neue Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt wurden. Er sähe ein umfassendes Recht zur Überprüfung der EU-Vorhaben nach dem Subsidiaritätsprinzip vor, wobei die Parlamente ihre diesbezüglichen Einwände direkt an die EU-Institutionen richten können. Bei Erreichen von einem Drittel (bzw. einem Viertel in den Bereichen Justiz und Inneres) der Stimmen der nationalen Parlamente entsteht die Verpflichtung zur Überprüfung, nicht aber zwingend zur Änderung des ursprünglichen Vorschlags („gelbe Karte“). Jedes Parlament erhält im Rahmen des Prüfungsverfahrens zwei Stimmen, bei Zwei-Kammer-Parlamenten wie in Österreich erhält dann jede Kammer eine Stimme. Darüber hinaus ist im Vertrag von Lissabon ein verstärkter Subsidiaritätskontrollmechanismus vorgesehen, wonach bei Anfechtung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsaktes durch die Mehrheit der Parlamentskammern ein Verfahren in Gang gesetzt wird, bei dem mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder des Europäischen Parlaments bzw. 55 % der Mitglieder

des Rates unter Berücksichtigung der Begründung der nationalen Parlamente das Gesetzgebungsverfahren gänzlich gestoppt werden kann („orange Karte“). Weiters bekommen die nationalen Parlamente neue Beteiligungsrechte im Bereich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, im Bereich justitielle Zusammenarbeit in Zivilsachen, bei der politischen Kontrolle von Europol und der Bewertung der Tätigkeit von Eurojust sowie neue Mitbeteiligungsrechte bei Änderungen der die Europäische Union begründenden Verträge.

Nach dem negativen Referendum in Irland werden nunmehr Vorschläge für die weitere Verfahrensweise diskutiert. Der Europäische Rat soll im Oktober 2008 nochmals mit Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich des Vertrages von Lissabon befasst werden. Aus österreichischer Sicht sind die Ratifikation in allen Mitgliedstaaten und das Inkrafttreten des Vertrages insbesondere aus Gründen der demokratischen Legitimation, der institutionellen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und der neuen Impulse für ein soziales Europa weiterhin wünschenswert.

EU-Datenbank

Hinsichtlich der direkt von der Europäischen Kommission an die nationalen Parlamente übermittelten EU-Vorhaben werden diese nun in einer eigenen Kategorie der EU-Datenbank erfasst und auf der Parlaments-Website öffentlich zugänglich gemacht. Die Abgeordneten zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates sowie auch die Landtage erhalten wöchentlich eine Übersicht über die von der Kommission übermittelten Dokumente. Auf Grundlage einer ersten internen Vorprüfung der Richtlinien- und Verordnungsentwürfe legen dann der EU-Unterausschuss des Nationalrates und der EU-Ausschuss des Bundesrates fest, welche Vorhaben auf die Tagesordnung gesetzt und näher untersucht werden sollen. So haben der EU-Unterausschuss des Nationalrates fünf Ausschussfeststellungen an die Europäische Kommission und der EU-Ausschuss des Bundesrates vier Ausschussfeststellungen an die Europäische Kommission verabschiedet und den europäischen Institutionen übermittelt.

2007 - 2008	Gesamtanzahl der EU-Dokumente	davon wurden von der Kommission direkt übermittelt
September	1696	224
Oktober	2501	381
November	2390	257
Dezember	1945	337
Jänner	2061	195
Februar	2505	298
März	1666	188
April	2028	279
Mai *	2145	168
Juni	1978	257
Summe	20915	2584

Europa Kontakte

Parlamente

Eine möglichst effiziente Strukturierung der europaweiten Zusammenarbeit der nationalen Parlamente wurde unter anderem bei der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der europäischen Mitgliedsstaaten von 20. bis 21. Juni 2008 in Lissabon behandelt. Ein Thema dieser Konferenz war die „Teilnahme von

Frauen am politischen Leben“, das auf Initiative der Präsidentin des österreichischen Nationalrates nach einem Treffen mit ihren AmtskollegInnen aus den Parlamenten Österreichs, Estlands, Ungarns und der Niederlande im August 2007 in Salzburg auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente der Europäischen Union entwickelt sich die Konferenz der Europa-Ausschüsse (COSAC) zu einem wichtigen Kooperationsgremium, in dem die Europaarbeit der nationalen Parlamente laufend abgestimmt wird. Für eine künftig mögliche Subsidiaritätskontrolle wurde darüber hinaus eigens das „Interparliamentary Exchange (IPEX)“ eingerichtet.

Gemeinsame parlamentarische Treffen unter dem Ko-Vorsitz des Europäischen Parlaments und des portugiesischen bzw. slowenischen Parlaments haben zu den Bereichen Klimawandel, Zukunft Europas und Lissabon-Strategie im vergangenen Arbeitsjahr in Brüssel stattgefunden. Da Europathemen mittlerweile praktisch alle Politikbereiche prägen, hat sich in den vergangenen Jahren auch eine regelmäßige Zusammenarbeit auf der Ebene der Fachausschüsse entwickelt. Im Laufe der vergangenen Tagung traten unter anderem die Vorsitzenden der Ausschüsse für Äußeres, Verteidigung, Justiz und Inneres, Wirtschaft, Finanzen sowie für Gleichbehandlung und Kultur zusammen.

Organe der Europäischen Union

Am 18.9.2007 reiste Präsidentin Prammer zur EU-Ratspräsidentschaft nach Lissabon und konferierte mit Staatspräsident **Cavaco Silva** und Parlamentspräsident **Jaime Gama** über den Vertrag von Lissabon, den geplanten EU-Afrikagipfel und die Ergebnisse der Salzburger Konferenz der Parlamentspräsidentinnen vom 24. und 25.8.2007 in Salzburg.

Auch im vergangenen Jahr haben wieder VertreterInnen der Europäischen Kommission das Parlament in Wien besucht. Am 7. Dezember 2007 informierte EU-Außenkommissarin **Benita Ferrero-Waldner** Präsidentin Prammer sowie Abgeordnete und Mitglieder des Bundesrates über den Vertrag von Lissabon, die Schengen-Erweiterung, Schwerpunkte der EU-Nachbarschaftspolitik und die Notwendigkeit einer gemeinsamen EU-Position zum Thema Kosovo. Der für Mehrsprachigkeit zuständige EU-Kommissar Leonard Orban bekannte sich am 13.12.2007 im Gespräch mit Abgeordneten und Mitgliedern des Bundesrates zur sprachlichen Vielfalt und erteilte der Idee einer "lingua franca" für die EU eine Absage. Der Dialog der Union mit ihren BürgerInnen und der wachsende Regionalismus verlangten trotz der hohen Kosten weiterhin Übersetzungen der EU-Dokumente in alle offiziellen Sprachen der Union. Fremdsprachen seien auch für die Integration von Zuwanderern wichtig, stimmten Kommissar Orban und die Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach überein.

Eine Delegation der Europäischen Kommission besuchte am 23. 6. 2008 das Parlament. Die Delegation beriet sich mit Nationalratsabgeordneten über die neu ausgerichtete Lissabon-Strategie. Die Vertreter der Kommission plädierten dafür, die langfristigen Ziele der Lissabon-Strategie besser zu kommunizieren, Sachprobleme seriös zu behandeln und die Erfolge europäischer Wirtschaftspolitik darzustellen, statt alte Vorurteile zu verstärken. Man sollte für die Lissabon-Strategie einen neuen Titel verwenden, etwa "Europäische Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung", um deutlich zu machen, dass es in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedsländer nicht um "EU-Diktate" und "nationale Ohnmacht", sondern um das gemeinsame Bemühen zur Stärkung von Binnenmarkt und Europäischem Wirtschaftsraum gehe.

Österreichs Nachbarstaaten

Neue Dimensionen gewannen die Beziehungen zu Slowenien durch den EU-Vorsitz des Nachbarlandes im ersten Halbjahr 2008. Unterstützung für die Ratspräsidentschaft hatte Präsidentin Prammer ihrem Amtskollegen France Cukjati schon am 21.9.2007 in Kärnten zugesagt; bei diesem Treffen wurden auch die Vertiefung der parlamentarischen Zusammenarbeit, der Dialog in der Minderheitenfrage und das angestrebte Streumunitionsverbot thematisiert. Am 17.1.2008 erläuterte **France Cukjati** in Wien das Arbeitsprogramm des slowenischen EU-Vorsitzes und meinte in seinem Vortrag "Europäische Dimensionen der österreichisch-slowenischen Nachbarschaft", es wäre unvernünftig, würden Österreich und Slowenien die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und auf Drittmarkten nicht nützen. Als der slowenische Staatspräsident **Danilo Türk** am 7.4.2008 Präsidentin Prammer im Parlament besuchte, dankte er der Präsidentin für ihr Engagement in der Ortstafelfrage und zeigte sich überzeugt, dass man eine tragfähige Lösung finden werde. Weitere Themen waren die globalen Bemühungen zur Erreichung der Millenniumsziele, die Herausforderung des Klimawandels, aber auch die jeweils unterschiedlichen Standpunkte zur Kernenergie.

Tschechische und österreichische Abgeordnete diskutierten am 22.1.2008 ein wichtiges demographisches Problem: Die stark sinkenden Geburtenraten in beiden Ländern. Erörtert wurden Fragen der Familienpolitik.

Am 26. und 27.2.2008 diskutierten Abgeordnete mit deutschen KollegInnen über Technologiefolgenabschätzung, Innovationsfähigkeit und Bildungspolitik.

Die bilaterale parlamentarische Temelin-Kommission, die sich auf Vorschlag von Bundeskanzler Gusenbauer und Ministerpräsident **Mirek Topolanek** unter der gemeinsamen Vorsitzführung von Bundesrat Albrecht Konecny und Abgeordnetem **Jan Kasal** mit der Erfüllung des Melker Abkommens und der Vereinbarung von Brüssel befasste, tagte am 11.7.2007 in Prag, am 17./18.9.2007 in Wien und am 17.12.2007 in Budweis. Am 9.6.2008 traf die Kommission in Melk zu ihrer vierten und abschließenden Sitzung zusammen. Danach zogen Kasal und Konecny eine positive Bilanz: Der Melker Prozess sei durch die Arbeit der Kommission in Gang gekommen und auf Basis neuer Informationen haben die Experten in einigen Punkten Übereinstimmung erzielt. In anderen Punkten bestehe für Österreich weiterer Informationsbedarf, teilweise bis zum Ende der Betriebsdauer des AKW Temelin. Zur Frage der Erdbebengefahr werde ein gemeinsames wissenschaftliches Programm gestartet. Jan Kasal und Albrecht Konecny forderten ihre Regierungen dazu auf, das Follow-up sicherzustellen.

Weitere europäische Staaten

Im Gespräch mit einer rumänischen Parlamentarierdelegation am 24.9.2007 unterstrich Zweiter Präsident Spindelegger die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Die Vertiefung der parlamentarischen Beziehungen zwischen Österreich und Montenegro befürworteten Präsidentin Prammer und ihr Amtskollege **Ranko Krivokapic** bei dessen Wien-Besuch am 2.10.2007.

Im Gespräch mit Handelsminister **Bujar Dugoll**, der bei seinem Besuch am 27.11.2007 für die Unabhängigkeit des Kosovo und einen gemeinsamen EU-Beitritt des Kosovo, Serbiens und Albaniens warb, bekannte sich der damalige Obmann des Außenpolitischen Ausschusses, Andreas Schieder, zum Ahtissari-Plan und riet den Menschen im Kosovo zu einer "Lösung der Statusfrage ohne Verlierer".

Bei der 7. Wintertagung der OSZE in Wien traf Präsidentin Prammer am 21.2.2008 mit dem finnischen Parlamentspräsidenten **Sauli Niinistö** zu einem Gespräch über die Kooperation der EU in Sicherheits- und Verteidigungsfragen zusammen, wobei die Präsidentin das österreichische Interesse an der Beibehaltung der Einstimmigkeit betonte und den Tschad-Einsatz des Bundesheeres als Zeichen wertete, dass die Neutralität für Österreich kein passives Konzept darstelle.

Die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon stand am 3.3.2008 im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Zweitem Präsidenten Spindelegger und ParlamentarierInnen aus Litauen. Spindelegger sagte, die EU müsse nun ihre Mitglieder stärker zusammenführen, er bekannte sich aber auch zu einer attraktiven Nachbarschaftspolitik und zur Zusammenarbeit mit der Türkei und der Ukraine.

Am 25.3.2008 unterstrichen der kroatische Außenminister **Gordan Jandrokovic** und Präsidentin Prammer bei einem Gedankenaustausch in Wien die guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die Bedeutung der parlamentarischen Kontakte. Jandrokovic dankte Österreich für dessen Unterstützung Kroatiens auf dem Weg in die EU. Beim Thema Kosovo bekräftigte Jandrokovic das Bemühen Kroatiens um Balance in der Region.

6. Internationale Kontakte

Im Tagungszeitraum 2007/2008 hat das Hohe Haus sowohl auf bilateraler und regionaler als auch auf multilateraler Ebene zahlreiche internationale Termine wahrgenommen. Wie schon im Vorjahr hat die Präsidentin des Nationalrates neben den traditionellen Schwerpunkten – Nachbarschaftspolitik, Europa und interparlamentarische Versammlungen – auch heuer globale Themen verstärkt in den Vordergrund des parlamentarischen Interesses gerückt: Abrüstung, Nord-Süd-Dialog, Menschenrechte und Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

Alleine in den ersten neun Monaten der laufenden Tagung, also vom 17. September 2007 bis zum 30. Mai 2008, haben Abgeordnete zum Nationalrat und Bundesräte 197 internationale Termine wahrgenommen, davon 122 Konferenzen oder bilaterale Treffen im Ausland und 75 Sitzungen oder Besuche im Inland.

Österreichische ParlamentarierInnendelegation besucht Israel

Vom 9. bis zum 14. Juli 2007 führte Präsidentin Prammer eine ParlamentarierInnendelegation nach Israel und traf dort mit ihrer Amtskollegin **Dalia Itzik**, Außenministerin **Tzipi Livni**, Verteidigungsminister **Ehud Barak**, Sozialminister **Isaac Herzog** und mit dem designierten Staatspräsidenten **Shimon Peres** zu Gesprächen zusammen. Die Nationalratspräsidentin besuchte auch die Knesset sowie die Shoa-Gedenkstätte Yad Vashem und legte einen Kranz am Grab des gebürtigen Wiener und langjährigen Bürgermeisters von Jerusalem **Teddy Kollek** nieder.

Parlamentarischer Nord Süd-Dialog - Mosambik im Fokus Österreichs

Im Rahmen des Parlamentarischen Nord Süd-Dialogs fand vom 20. bis 29. Oktober 2007 auch eine Delegationsreise der entwicklungspolitischen SprecherInnen nach Mosambik statt, einem Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. Die Wahl fiel vor allem deshalb auf Mosambik, weil im Rahmen des Projekts der Aufbau einer Partnerschaft zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament eine wichtige Zielsetzung darstellt. Die Abgeordneten sollten sich mit ihrem Besuch daher sowohl ein Bild von der Lebenssituation der Menschen machen als auch einen persönlichen Kontakt zu ihren KollegInnen im Süden aufbauen. Das erste Zusammentreffen mit dem mosambikanischen Parlamentspräsidenten sowie die Gespräche mit verschiedenen Abgeordneten verliefen sehr erfolgreich, das Angebot, eine intensivere Kooperation und Partnerschaft einzugehen, wurde angenommen. Im Gespräch mit dem mosambikanischen Parlamentspräsidenten wurde festgehalten, dass die mosambikanische Seite eine Prioritätenliste von Projekten und Vorhaben erstellen sollte, die gemeinsam mit dem österreichischen Parlament in der Folge umzusetzen wären. Im Rahmen des Besuchs wurde auch ein Laptop symbolisch überreicht, dem noch weitere gebrauchte und zwischenzeitig ausgeschiedene 49 Stück folgen sollten. Im Rahmen der 118. IPU-Konferenz im April 2008 in Kapstadt kam es auch zu einem Arbeitstreffen zwischen der Präsidentin des Nationalrates und ihrem mosambikanischen Amtskollegen, in dem die weitere Zusammenarbeit sowie die angestrebten gemeinsamen Projekte besprochen wurden.

Mit der Fortsetzung des Parlamentarischen Nord-Süd-Dialogs sollen die ParlamentarierInnen an ihre Verantwortung für Entwicklungspolitik und für mehr Engagement bei der Erreichung der UN-Millenniumsziele zur Überwindung der Armut erinnert werden. Im Rahmen des Nord Süd-Dialogs eröffnete die Frau Präsidentin des Nationalrates am 19. November 2007 eine Veranstaltung mit dem Titel „Politikkohärenz

– vom entwicklungspolitischen Anspruch hin zu Umsetzungsstrategien“ und begrüßte dazu zahlreiche prominente internationale ExpertInnen mit der Kommissarin der Afrikanischen Union für Handel und Industrie Elisabeth Tankeu an der Spitze.



Nord-Süd Dialog: Veranstaltung am 19.11.2007

Die zentrale Frage der Tagung lautete: Wie kann das notwendige Zusammenwirken von Entwicklungszusammenarbeit und anderen Politikbereichen verbessert werden? Angesichts des ersten Zwischenberichts über die Umsetzung der Millenniumsziele – unter anderem die Halbierung der Weltarmut bis 2015 und des ersten Kohärenzberichts der EU – komme diesem Thema enorme Aktualität zu, stellten die Präsidentin des Nationalrates und die ExpertInnen unisono fest. Der Nationalrat war durch die Obfrau des entwicklungspolitischen Unterausschusses Abgeordnete Petra Bayr (S), Obfraustellvertreter Franz Glaser (V) und Abgeordnete Ulrike Lunacek (G) vertreten.

Fortschritte im Bemühen um ein Verbot von Streumunition

Das erste parlamentarische Forum gegen Streumunition fand auf Einladung der Präsidentin des Nationalrates im Vorfeld der Wiener Staatenkonferenz am 4. Dezember 2007 im Parlamentsgebäude statt; 48 TeilnehmerInnen aus 26 Staaten nahmen teil. Der Krieg im Libanon im Sommer 2006 verdeutlicht erneut die Dringlichkeit eines Verbots von Streumunition, hielt die Präsidentin des Nationalrates in ihrem Einleitungsstatement fest. Nicht detonierende Streumunition stellt selbst nach Einstellung von Kampfhandlungen ein ungeheures Gefahrenpotenzial für Zivilpersonen dar, vor allem für die Landbevölkerung bei der Arbeit auf ihren Feldern und für spielende Kinder. Aber auch im Kriegseinsatz verursacht Streumunition inakzeptables Leid, weil sie nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheidet. Mehr als 100 Teilnehmerstaaten setzen sich zwischenzeitig im Rahmen des Oslo-Prozesses für ein völkerrechtlich wirksames Verbot von Streumunition ein. Unter dem Applaus der TeilnehmerInnen wurde berichtet, dass der Nationalrat am nächsten Tag ein umfassendes Verbot von Streumunition beschließen werde.



Parlamentarisches Forum gegen Streumunition am 04.12.2007

des Gesetzesentwurfs zur Verfügung gestellt. Die Bedeutung der Veranstaltung reiche aber weiter, schloss Präsidentin Prammer, sei sie doch ein gutes Beispiel konstruktiver parlamentarischer Außenpolitik, weil sie Gedankenaustausch, best practice und Vernetzung im Sinn der Interessen der Wähler verbinde. Eine englische Übersetzung des heimischen Verbotsgesetzes überreichte Präsidentin Prammer am 7.12.2007 als internationales Muster an die Menschenrechtsaktivistin **Bianca Jagger**, die an der Wiener Konferenz teilgenommen hatte. Der am 29.5.2008 bei der Anti-Streubomben-Konferenz in Dublin erfolgte Durchbruch bestärkt Präsidentin Prammer, sich in ihren internationalen Kontakten weiterhin für ein Streubombenverbot auch in denjenigen Staaten einzusetzen, die sich bisher noch nicht dazu entschließen konnten.

Internationales Parlamentarisches Forum diskutiert über Menschenhandel

Im Vorfeld des "Wiener Forums" der Vereinten Nationen, das sich im Rahmen einer internationalen Konferenz vom 13. bis 15. Februar 2008 dem Kampf gegen Menschenhandel widmete, fand bereits am 12. Februar 2008 im Parlament zu diesem Thema eine Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU) statt, bei der ExpertInnen und Abgeordnete über konkrete Maßnahmen diskutierten und dabei vor allem auch die Rolle der Parlamente ansprachen. Special Guest des IPU-Forums war die Schauspielerin und Oscar-Preisträgerin **Emma Thompson**, die mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zusammentraf und überdies bei einem Rollenspiel Beispiele für Good-Practice und Bad-Practice im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels präsentierte.

*Forum der Interparlamentarischen Union
gegen den Menschenhandel am 12.2.2008*



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sah als Gastgeberin die Aufgabe der Tagung vor allem darin, einen weiteren Meilenstein im Kampf gegen den Menschenhandel zu setzen. Menschenhandel sei ein Verstoß gegen Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Parlamente seien deshalb in besonderem Maße aufgerufen, ihre Rolle als Gesetzgeber ernst zu nehmen, notwendige gesetzliche Schritte voranzutreiben und verpflichtende Instrumente einzuführen, betonte die Präsidentin in ihren Begrüßungsworten. Ziel müsse es sein, die entsprechenden internationalen Vereinbarungen - die UN-Konvention gegen internationales Verbrechen, das Zusatzprotokoll zur Verhinderung, Verfolgung und Bestrafung von Menschenhandel sowie die diesbezügliche Konvention des Europarates und die Brüsseler Deklaration - zu implementieren und durch konkrete Maßnahmen mit Leben zu erfüllen. Präsidentin Prammer ging es aber auch um die Opfer, meist Frauen und Kinder. Opfer und Zeugen des Verbrechens des Menschenhandels dürfen nicht kriminalisiert werden, warnte

sie und forderte bessere gesetzliche Bestimmungen, um Opfer vor Abschiebung zu schützen und ihnen auch die Möglichkeit einer Wiedergutmachung zu bieten.

Anders Johnsson, Generalsekretär der IPU, bezeichnete Menschenhandel als Schande und sah darin eine moderne Form des Sklavenhandels und eine andauernde Verletzung der Menschenrechte. Drei grundlegende Verpflichtungen treffen nach den Worten Johnssons die Staaten: Menschenhandel zu verhindern, ihn zu verfolgen und zu bestrafen sowie die Opfer des Menschenhandels zu schützen.

Antonio Maria Costa, Exekutivdirektor des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, zog eine Parallele zwischen Menschenhandel und Sklavenhandel und erinnerte an den britischen Unterhaus-Abgeordneten **William Wilburforce**, der vor 200 Jahren maßgeblich zum Verbot des Sklavenhandels beigetragen hatte. Costa rief die Parlamentarier auf, sich daran ein Beispiel zu nehmen und auf nationaler Ebene die notwendigen legislativen Maßnahmen zu setzen, um das potentiell sehr machtvolle Instrument des UN-Protokolls zur Bekämpfung des Menschenhandels umzusetzen. Die Ratifizierung allein reiche nicht aus, vielmehr gehe es für die Parlamente nun darum, das Thema Menschenhandel an vorderster Stelle auf die Tagesordnung zu setzen, mahnte er.

Parlamentskontakte auf höchster Ebene

Folgende PräsidentInnen parlamentarischer Kammern besuchten im Berichtszeitraum das österreichische Parlament: **France Cukjati** (Slowenien, Nationalversammlung, 21.9.2007), **Ranko Krivokapic** (Montenegro, 2.10.2007), **W. J. M. Lokubandara** (Sri Lanka, 12.2.2008), **Sauli Niinisto** (Finnland, 21.2.2008), **Alan Ferguson** (Australien, Senat, 16.4.2008), **Mahmoud Al-Abrash** (Syrien, 16.-19.4.2008) und **Adachan Madumarov** (Kirgisistan, 26.-27.5.2008).

Staatsoberhäupter und RegierungsvertreterInnen im Hohen Haus

Einen protokollarischen Höhepunkt stellte der Besuch des schwedischen Königspaares im österreichischen Parlament am 20.11.2007 dar.

Bei der Unterredung im Empfangssalon des Parlaments hoben dabei sowohl König Gustav Adolf XVI. als auch die Präsidentin des Nationalrates die hervorragenden Beziehungen zwischen Österreich und Schweden hervor.



*Besuch des schwedischen Königspaares
am 20.11.2007*

Schweden sei für Österreich immer ein Vorbild gewesen, betonte die Präsidentin, nicht nur was die sozialen Errungenschaften betreffe, sondern etwa auch in Bezug auf den hohen Frauenanteil in der Politik. Die Präsidentin informierte das schwedische Königspaar auch über die Senkung des Wahlalters in Österreich auf 16 Jahre und die Einrichtung einer "Demokratiewerkstatt" für acht- bis vierzehnjährige Kinder und Jugendliche im Parlament.

Von Seiten ausländischer Regierungen besuchten 2007/2008 das Hohe Haus: Außenminister **Jorge Enrique Taiana** (Argentinien, 12.9.2007), Premierminister **Miyegombo Enkhbold** (Mongolei, 3.10.2007), Vizeaußenministerin **Lourdes Aranda Bezaury** (Mexiko, 8.11.2007), Premierminister **Mirek Topolánek** (Tschechische Republik, 7.1.2008), Verkehrsminister **Mohamed Loufty Mansour** (Ägypten, 5.3.2008), Außenminister **Gordan Jandroković** (Kroatien, 25.3.2008), Staatspräsident **Danilo Türk** (Slowenien, 7.4.2008), Premierminister **Ralph Gonsalves** (St. Vincent und die Grenadinen/Karibik, 14.4.2008), stv. Außenminister **Jurij Kostenko** (Ukraine, 14.5.2008), Außenminister und Vizepremierminister **Sheik Mohammed Al-Sabah Al-Salem Al-Sabah** (Kuwait, 27.5.2008), Staatspräsident **Nguyen Minh Triet** (Vietnam, 3.6.2008), der griechische Staatspräsident **Karolos Papoulias** (3.7.2008) und der ukrainische Staatspräsident **Viktor Juschtschenko** (8.7.2008).

Besuch des Präsidenten der Sozialistischen Republik Vietnam Nguyen Minh Triet am 03.06.2008



Internationale Delegationen von ParlamentarierInnen

Abgeordnete und BundesrätInnen pflegten regelmäßig den Gedankenaustausch mit Parlamentariern aus aller Welt. 2007/08 kamen Delegationen aus der Mongolei (14.9.2007), Tschechischen Republik (17.-18.9.2007, 6.11.2007, 3.12.2007, 12.12.2007, 22.1.2008, 27.5.2008), Bosnien-Herzegowina (19.9.2007), Rumänien (24./26.9.2007), Russische Föderation (26.9.2007), Ungarn (27.9.2007, 28.9.2007), Finnland (3.10.2007), USA (8.10.2007), Kaukasien (15.10.2007), Australien (22.10.2007), Indonesien (2.11.2007), Kosovo (27.11.2007), Mazedonien (29.11.2007), Iran (10./14.12.2007), Vietnam (13.12.2007), Aserbaidschan (21.2.2008), Litauen (3./4.3.2008 und 3.7.2008), Montenegro (14.4.2008), Israel (16.4.2008), Georgien (21./25.4.2008), Deutschland (28.-29.4.2008), Kasachstan (14.5.2008), Dänemark (19.5.2008), Slowakei (29.5.2008) und Japan (6.6.2008).

7. Bau- und Sanierungsvorhaben

Außer den laufenden Reparaturen, Wartungen und Instandhaltungen ist es erforderlich, das über 120 Jahre alte Parlamentsgebäude den Erfordernissen einer modernen Parlamentsverwaltung weiter anzupassen sowie energiesparende Maßnahmen zu setzen. Schwerpunkte sind die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben sowie die räumliche und örtliche Zusammenführung organisatorisch zusammengehörender Verwaltungseinheiten - dadurch entstehen große Synergieeffekte. Derzeit wird an 26 Projekten gearbeitet. Beispiele dafür sind:

Umbau des Sitzungssaales des Nationalrates

Anlass: Sanierungsbedürftigkeit und Überalterung, Barrierefreiheit

Derzeit läuft die zweite und letzte Stufe eines europaweiten Architektenwettbewerbes entsprechend dem Bundesvergabegesetz. Bis Juli 2008 haben die Architekten Zeit, ihre Ideen über die Neugestaltung des aus den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts stammenden Sitzungssaales des Nationalrates vorzulegen. Eine internationale Jury wird im Sommer ein Siegerprojekt küren, dessen Umsetzung innerhalb der nächsten drei Jahre erfolgen soll.

Mit diesem Umbau hängt folgendes Projekt zusammen:

Adaptierung des Saals der Bundesversammlung als Ersatzquartier samt Umsetzung der 2. Etappe gem. Behindertengleichstellungsgesetz 2006

Anlass: Temporäre Unbenützbarkeit des Sitzungssaals des Nationalrates

Umbau Tor 3

Anlass: Sicherheitstechnische Aufrüstung von Tor 3 auf das Niveau des Zentraleingangs als Ersatzeingang

EURO 2008 - Umsetzung des Sicherheitskonzeptes

Anlass: EURO 2008

Erneuerung der Glasdächer über Zentralgarderobe und Abgeordnetensprechzimmer

Anlass: Undichtheiten, Wassereintritt und Überalterung der Konstruktion, Klimaschutz (Einbau einer Photovoltaikanlage)

Erneuerung der Fahrbahnbeläge im Wirtschaftshof 5 und 6

Anlass: Undichtheiten und Wassereintritt in den darunterliegenden Räumen, Einbau einer neuen Anlage zur Notstromversorgung

Schaffung von neuen Büroräumlichkeiten im Bibliotheksbereich

Anlass: Zusammenführung von Abteilungen der Parlamentsdirektion

Erstellung eines Räumungskonzeptes für das Parlamentsgebäude

Anlass: gesetzlicher Auftrag zur Durchführung von regelmäßigen Räumungsübungen für Brand- bzw. Notfälle

Erstellung eines Brandschutzkonzeptes für das Parlamentsgebäude

Anlass: Erstellung eines einheitlichen Brandschutzkonzeptes als Planungsgrundlage für den Umbau der Sitzungssäle Nationalrat und Bundesversammlung

Umsetzung der 1. Jahresetappe gem. Bundesbehindertengleichstellungsgesetz 2006

Anlass: gesetzliche Verpflichtung zur barrierefreien Nutzung des Parlamentsgebäudes, zur Schaffung der barrierefreien Erreichbarkeit des 1.OG durch Umbau/Erweiterung des ehem. Postaufzugs, Schaffung von Evakuierungssammelräumen usw.

Neuerrichtung der 2. Notstromversorgungsanlage

Anlass: Erhöhung der Stromversorgungssicherheit des Parlamentsgebäudes

Restaurierung der acht Quadrigen (Fortsetzung)

Anlass: Starke Rostschäden an der Stützkonstruktion und Oberflächenkorrosion

Ausbau der Sicherheits- und Fluchtwegebeleuchtung gemäß Masterplan

Anlass: Gesetzesvorschrift

Erstellung einer Studie zur Energieevaluierung für das Parlamentsgebäude

Anlass: Erstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Energieausweises

Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur multifunktionalen Nutzung des Lokal VI

Anlass: informationstechnologische Anforderungen, Raumknappheit

Schaffung einer neuen Winterabdeckung des Pallas Athene-Brunnens

Anlass: Überalterung, Substanzschutz

Weitere Projekte sind in der Vorbereitungsphase:

- Erhebung der Barrierefreiheit der Nebengebäude
- Bauliche Umsetzung gemäß einer vorliegenden Studie zur erneuerbaren Energie
- Pilotprojekt / Masterplan Raumressourcen Dachböden und Sanierung Dach
- Studie zur Sanierung und Nutzung des Parlaments-Restaurants

8. Der Dialog mit der Öffentlichkeit in Zahlen: Statistisches Material zu Veranstaltungen und Parlamentsführungen

Veranstaltungen ¹⁾	
2002	90
2003	110
2004	107
2005	110
2006	161
2007	117
2008	102 ²⁾

BesucherInnen im Rahmen von Veranstaltungen	
2004	13.505
2005 ³⁾	24.765
2006 ⁴⁾	38.081
2007 ⁵⁾	28.035
2008 (laufendes Jahr)	10.956

BesucherInnen im Rahmen von Führungen im Parlamentgebäude (inkl. Hausbegehungen an Plenartagen)	
2004	63.543
2005	73.989
2006	110.358
2007	109.070
2008 (laufendes Jahr)	65.916

laufendes Jahr: 65.916 (Vergleichszeitraum 2007: 62.566)

davon SchülerInnen 47,9 % (Vergleichszeitraum 2007: 49,6 %)

Zur Erklärung: An Plenartagen finden keine Führungen statt. Jedoch steht es den MandatarInnen frei, im Sinne ihrer Öffentlichkeitsarbeit Gruppen durch das Hohe Haus zu führen (gemäß der Hausordnung „Hausbegehungen“)

BesucherInnen im Rahmen von Führungen im Palais Epstein	
2006	6.767
2007	2.963
2008 (laufendes Jahr)	539

BesucherInnen im Rahmen von „Fußball-Führungen“ während der Euro 2008 vom 7. bis 28. Juni 2008:

- Gesamt: 17.125 (dies entspricht einer Steigerung der Gästezahl von über 25 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2007 mit 13.636 BesucherInnen)
- Bei den öffentlichen Fußball-Kurzführungen wurde mit 5.838 Gästen eine Steigerung von über 400 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007 mit 1.144 BesucherInnen erzielt.

1) Klubveranstaltungen sind dabei nicht berücksichtigt
2) 59 stattgefunden und derzeit bis Jahresende projektiert: 43
3) davon 13.500 am Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2005
4) davon 20.420 am Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2006
5) davon 15.000 am Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2007

9. Zu den Veranstaltungen des Parlaments während der Tagung 2007/2008

Wichtige Themenschwerpunkte parlamentarischer Veranstaltungen im Berichtszeitraum bildeten unter anderem das Gedenkjahr 2008, die Europäische Union, Kinder und Jugendliche, Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit und Dialog der Politik mit Kunst und Wissenschaft.

Im Folgenden wird eine Auswahl der Veranstaltungen im Parlament dargestellt.



*Die PräsidentInnen begrüßen BesucherInnen am
26.10.1007*

Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2007 im Parlamentsgebäude

"Das Haus der Demokratie muss immer ein offenes Haus sein", sagte Präsidentin Barbara Prammer am Nationalfeiertag 2007, als sie gemeinsam mit Zweitem Präsidenten Michael Spindelegger und Dritter Präsidentin Eva Glawischnig-Piesczek 15.000 BesucherInnen zum "Tag der offenen Tür" im Hohen Haus begrüßte.

Großes Interesse erregte an diesem Nationalfeiertag die "Demokratiewerkstatt" im Palais Epstein, die schon am Vortag ihre Arbeit aufgenommen hatte. In Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer machten sich dort junge Menschen mit den Instrumenten des Parlamentarismus und der Demokratie vertraut und erhielten Informationen über die Arbeit von Nationalrat und Bundesrat aus erster Hand.

Gedenkveranstaltungen

12. März 2008

Diese Gedenkveranstaltung aus Anlass des 70. Jahrestages des so genannten Anschlusses fand im historischen Sitzungssaal des Parlaments statt. Dabei hielten Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesratspräsident Helmut Kritzinger, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer Ansprachen.

Matinee am 4. Mai 2008 und Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 5. Mai 2008

"War nie Kind..." war das Motto einer Matinee des Volkstheaters. Aus Anlass der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen Anfang Mai 1945 gedachten die beiden Häuser des Parlaments am 5. Mai in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer sowie hochrangiger Persönlichkeiten des In- und Auslands der Opfer des Nationalsozialismus.

Ansprache von Barbara Prammer am 5. Mai 2008



Der Gedenktag soll die Erinnerung in immer neuen Ausdrucksformen lebendig erhalten, sagte Präsidentin Barbara Prammer. Einen möglichen Weg dazu sah die Präsidentin in der Kunst, etwa bei Ilse Aichinger, die in ihrem Roman "Die größere Hoffnung" wahrnehmen lasse, was der Nationalsozialismus im Leben vieler Menschen weit über 1945 hinaus hinterlassen habe. "Denn Kindheit lässt sich weder nachholen, noch lässt sie sich einfach fortsetzen, so als wäre nichts gewesen".

Kinder und Jugendliche

Den spezifischen Anliegen junger Menschen galten viele Veranstaltungen des abgelaufenen Parlamentsjahres. Am 25.9.2007 hatte Präsidentin Prammer gemeinsam mit UNICEF-Botschafter Sir Roger Moore die Märchensammlung "2010 und noch mehr Nächte" von Beate Maxian (Text) und Helmut Kapeller (Fotos) zugunsten des UNICEF-Kinderhilfswerks im Parlament präsentiert.



Barbara Prammer und Roger Moore bei der UNICEF-Veranstaltung am 25.09.2007

Die Katholische Jugend stellte am 30.10.2007 ihr Projekt "Stellenwert – Jugend will Arbeit" vor und diskutierte mit ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer, Staatssekretärin Christine Marek und AK-Präsident Herbert Tumpel über FacharbeiterInnenmangel und Jugendarbeitslosigkeit.

Beim "Dritten Österreichischen Kinderkongress" im Palais Epstein am 14.11.2007 sprachen 90 SchülerInnen mit Abgeordneten und Bildungsministerin Claudia Schmied über ihre Anliegen.



Dritter Österreichischer Kinderkongress am 14.11.2007



Töchtertag im Parlament 24.04.2008

Am 15.4.2008 diskutierte die Gewerkschaftsjugend die Frage "Können Jugendliche und junge Erwachsene ausreichend mitbestimmen, wenn es um ihre Zukunft geht?" mit Staatssekretärin Christine Marek, SP-Abgeordneter Laura Rudas, ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer, ÖH-Vorsitzender Lisa Schindler und ÖGJ-Bundesvorsitzendem Jürgen Michlmayr.

Am 24.4.2008, dem "Töchtertag", informierte Präsidentin Prammer Mädchen über Berufsmöglichkeiten im Parlament. Tags darauf eröffnete die Präsidentin ein Jugendparlament zum Thema "Jugendstrafrecht". Gemeinsam mit den Abgeordneten Laura Rudas (S), Jochen Pack (V), Albert Steinhauser (G), Manfred Haimbuchner (F) und Gernot Darmann (B), lernten Tiroler SchülerInnen die parlamentarische Arbeit in simulierten Klub-, Ausschuss- und Plenarsitzungen kennen.

Unter dem Titel "Du hast die Macht, du Zwetschke. Junge Gedanken zum Klimawandel" forderte die junge Autorin Elke Pruckner Konsumentinnen und Konsumenten auf, durch umweltbewusstes Einkaufen zum Klimaschutz beizutragen. Das Buch ging aus dem Klimaschutz-Schreibwettbewerb "clim-8" hervor, den Dritte Präsidentin Glawischnig-Piesczek ins Leben gerufen hatte. An der Buchpräsentation nahmen unter anderem Bundeskanzler Gusenbauer, Klubobmann Van der Bellen, Bildungsministerin Schmied, Siemens-Generaldirektorin Ederer und Telekom-Generaldirektor Nemsic teil. Für die jungen AutorInnen sprach der Sieger des Wettbewerbs Matthias Mayer.

Das Parlament informiert über die Europäische Union

Am 4.2.2008 stellten die PräsidentInnen Prammer, Spindelegger und Glawischnig-Piesczek gemeinsam den Ratifizierungsfahrplan für den Vertrag von Lissabon vor und kündigten über öffentliche Ausschusssitzungen hinaus drei EU-Veranstaltungen zur besseren Information der Bevölkerung an: „Vertrag von Lissabon: Fakten und Einschätzungen I bis III.“ Den Auftakt dazu bildete am 22.2.2008 eine EU-Diskussion zwischen PolitikerInnen und ExpertInnen mit VfGH-Präsident Karl Korinek an der Spitze mit dem Thema „Die Zukunft Europas.“

Vertrag von Lissabon: Fakten und Einschätzungen. Erste Informationsveranstaltung am 22.02.2008: „Die Zukunft Europas“



Die zweite Veranstaltung dieser parlamentarischen Diskussionsreihe fand am 2.4.2008 mit dem Schwerpunkt „Sicherheit und Neutralität“ statt. Die dritte Veranstaltung am 9.5.2008 stellte das Thema „BürgerInnenrechte“ in den Mittelpunkt.

Symposien, Tagungen, Informationsveranstaltungen

- 2.10.2007: Tagung über wirtschaftliche und ökologische Aspekte erneuerbarer Energieträger bei der Lösung der Energie- und Klimaprobleme.

Am 16.10.2007 eröffnete Präsidentin Prammer eine Konferenz zur Kampagne des Europarats gegen häusliche Gewalt, bei der ExpertInnen für Gewaltschutzgesetze und Aufklärungskampagnen eintraten. Im Rahmen des Europarats war das österreichische Parlament am 30. April 2008 Gastgeber der Abschlussveranstaltung zur europaweit über die Dauer eines Jahres durchgeführten „Kampagne gegen häusliche Gewalt“, an der neben der Präsidentin des Nationalrates und dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats **Lluís María de Puig** auch VertreterInnen einer Vielzahl an NGOs teilnahmen.



Konferenz zur Europarats-Kampagne gegen häusliche Gewalt

- 9.11.2007: Symposium "Hundert Jahre Allgemeines Wahlrecht in Österreich"
- 21.11.2007: Veranstaltungsreihe "Forum Parlament" zum Gesetzentwurf der Regierung zum Asylgerichtshof.
- 29.11.2007: Perspektiven-Enquete "Plattform für Alleinerziehende"
- 30.11.2007: "Parlament Positiv!" Anlässlich des 20. Welt-Aids-Tages
- 10.12.2007: Menschenrechtssymposium über die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10.12.1948
- 19.2.2008: Präsentation der Dokumentation „Können Verfassungsreformen gelingen?“
- 14.5.2008: Diskussion zu „E-Voting“ im Rahmen der Reihe „Forum Parlament“



NR-Präsidentin Prammer, GD Wrabetz und Hopfmüller-Hlavac

Als Beitrag zur Kultur des Erinnerns im Gedenkjahr 2008 stellten Generaldirektor Alexander Wrabetz, Gisela Hopfmüller-Hlavac sowie Andreas Novak, Robert Gokl und Tom Matzek am 11.3.2008 die Fernseh-Dokumentation des ORF über Ursachen und Folgen des "Anschlusses" im März 1938 in drei Teilen vor: "Untergang Österreichs", "Flucht ins Ungewisse" und "Alltag unterm Hakenkreuz".



Tagung „Feindbilder in Europa“ 2.4.2008

Eine Fachtagung des Sir Peter Ustinov-Instituts befasste sich am 2.4.2008 im Palais Epstein mit der Entstehung von Feindbildern und mit deren Überwindung.

Werner Dreier und Markus Barnay stellten am 13.5.2008 auf Einladung von Präsidentin Prammer und Unterrichtsministerin Claudia Schmied ihr DVD-Projekt "Das Vermächtnis" über 13 Holocaust-Überlebende vor. Kim Simon vertrat die Shoa Foundation Steven Spielbergs, die das Filmmaterial zur Verfügung gestellt hatte.



NR-Präsidentin Prammer mit Zeitzeuginnen

Am 20. Mai 2008 fand aus Anlass der EURO 2008 die Anti-Rassismus-Veranstaltung „Fußball verbindet! – Fußball. Versteht sich!“ in der Säulenhalle des Hohen Hauses statt.



„Fußball verbindet!“ am 20.05.2008

- 12.6.2008: Vortrag "Erinnerungen an Leon Zelman" von Brigitte Hamann im Rahmen der „Epstein-Vorlesungen“



VolksanwältInnen Kostelka, Fekter und Stoitsits

Festakte, Preisverleihungen, Jubiläen

- 19.10.2007: Festveranstaltung anlässlich des 60. Geburtstags der "Volkshilfe" Beim Festakt am 26.11.2007 zum 30-Jahr-Jubiläum der Volksanwaltschaft sprachen Bundespräsident Fischer, Nationalratspräsidentin Prammer, Vizekanzler Molterer, die VolksanwältInnen Peter Kostelka, Theresia Fekter und Terezija Stoitsits sowie der Schriftsteller Franzobel.

Sein 60-jähriges Jubiläum feierte der Österreichische Gemeindebund am 16.11.2007 mit einem Festakt und der Herausgabe der Festschrift "Das Gemeindekomplott. Gemeinsam sind wir stärker" im Parlament. Es sprachen Präsidentin Prammer, Gemeindebundpräsident Mödlhammer und Innenminister Platter. Bundespräsident Fischer würdigte die Unterstützung der europäischen Idee durch den Gemeindebund.



Lupac-Wissenschaftspreis 27.11.2007

Die Bedeutung der Wissenschaft für das Parlament unterstrich am 27.11.2007 Barbara Prammer bei der Überreichung des Lupac-Wissenschaftspreises für Parlamentarismus und Demokratie 2007 an Emmerich Talos, Herbert Obinger (beide für „Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau“) und Astrid Dietrich (für „Medien und EU“).

Am 7.3.2008 beging das Parlament den internationalen Frauentag unter dem Motto "Frauen feiern grenzenlos." Im Zeichen des interkulturellen Dialogs stellten Organisationen wie "Ärzte ohne Grenzen", "Burma Austria Allianz", das International Center for Black Women's Perspectives und die "Afrikanische Frauenorganisation" ihre Projekte vor.

Am 14.5.2008 empfing Präsidentin Prammer die 40 PreisträgerInnen des Malwettbewerbs "Kinder malen eine Marke", der am 26. Oktober 2007 bei der Leistungsschau des Bundesheeres am Wiener Heldenplatz stattfand.

Am 15.5.2008 überreichte Präsidentin Prammer den Press Freedom Award der Menschenrechtsorganisation "Reporter ohne Grenzen" an Svetlana Ivanova Batalova (Bulgarien), Kristina Ivanova Koleva-Tuntcheva (Bulgarien) und Ovidiu-Mihai Vanghele (Rumänien) für ihr Engagement gegene Arbeit im Kampf gegen Menschenhandel, Korruption, Machtmissbrauch und Kriminalität.

Kunst und Kultur

Neue Wege ging Präsidentin Prammer bei der Präsentation zeitgenössischer Kunst im Hohen Haus. Die neuen KunstkuratorInnen des Hohen Hauses Gerald Matt und Stella Rolig stellten am 13.12.2007 ihr dreijähriges Konzept vor: Zeichnung und Fotografie rücken in den Vordergrund, Videokunst erhält mehr Platz und der Raum vor dem Parlament soll künstlerisch mehr genützt werden.

Buchpräsentationen

Waltraud Heindl, Edit Kiraly und Alexandra Millner präsentierten am 5.11.2007 das Buch "Frauenbilder, feministische Praxis und nationales Bewusstsein in Österreich-Ungarn 1867-1918". Margit Niederhuber, Katharina Pewny und Birgit Sauer präsentierten ihre bei Löcker erschienene Dokumentation "Performance - Politik - Gender".

Am **7.11.2007** lud Zweiter Präsident Spindelegger zur Vorstellung des Buches "Widerstand in Österreich 1938 – 1945" (Hrsg. Stefan Karner und Karl Duffek), das unter dem Motto "Der Widerstand als bleibender Teil der österreichischen Geschichte" die Enquete zum Thema "Widerstand in Österreich 1938 bis 1945" dokumentiert.

Am **7.12.2007** wurde der von Ernst Berger herausgegebene Sammelband "Verfolgte Kindheit" über das Schicksal von Kindern und Jugendlichen als Opfer der NS-Sozialverwaltung präsentiert.

Am **13.12.2007** präsentierte Günther Löschnigg den im ÖGB-Verlag herausgegebenen Kommentar zum Angestelltengesetz mit dem Titel "Angestelltengesetz. Gesetze und Kommentare".

Am **18.1.2008** präsentierte Präsidentin Prammer das von der Theodor Kramer-Gesellschaft im Eigenverlag herausgegebene Buch "In welcher Sprache träumen Sie?" Es enthält Gedichte von 278 LyrikerInnen des österreichischen Exils der Jahre 1938 bis 1945.

Am **4.3.2008** wurde der von German Marshall Fund und Erste Stiftung herausgegebene Sammelband "Reclaiming Democracy – Civil Society and Electoral Change in Central und Eastern Europe" vorgestellt.

Am **31.3.2008** lud Präsidentin Prammer zur Präsentation von Hans Marsaleks Dokumentation "Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen" sowie der Bücher "Zwischen Mutterkreuz und Gaskammer" und "Der Geist ist frei" mit Biografien von 32 deportierten KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen in der "Edition Mauthausen".

Am **14.4.2008** präsentierte der Journalist Dieter Kindermann im Parlament sein Buch "Schicksalsmomente wie Zeitzeugen sie erlebten".



Internationaler Frauentag 07.03.2008



*Empfang anlässlich des Malwettbewerbs:
„Kinder malen eine Marke“ am 14. Mai 2008*



*Generale, 2008
Ölkreide auf Papier*

10. Demokratiewerkstatt

Am 25. Oktober 2007 wurde die Demokratiewerkstatt im Palais Epstein eröffnet.

*Eröffnung der Demokratiewerkstatt
am 25.10.2007*



Ziel ist es, neben den demokratischen Grundlagen und der Kenntnis parlamentarischer Prozesse zwei weitere wichtige Voraussetzungen für politische Partizipation zu vermitteln: Medienkompetenz sowie die Bereitschaft, die eigene Meinung zu artikulieren!

*Eröffnung der Demokratiewerkstatt
am 25.10.2007*



In vier verschiedenen Werkstätten können Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 14 Jahren auf spielerische Art und Weise lernen, wie Demokratie funktioniert.

Die didaktische Arbeit in der Demokratiewerkstatt ist gekennzeichnet durch

- **Selbsttätigkeit:** Kinder und Jugendliche beschäftigen sich handlungsorientiert mit dem Thema Demokratie. Themen und Inhalte sind als Rechercheaufträge für die Arbeit in Kleingruppen aufbereitet;
- **Begreifbar machen:** Einbindung von ParlamentarierInnen, ExpertInnen der Parlamentsdirektion und MedienexpertInnen in den jeweiligen Werkstätten; in den Erklärungen wird eine Verbindung zur Lebenswelt der Kinder hergestellt;

- **Erfahrung verarbeiten:** das von den Kindern und Jugendlichen erarbeitete Ergebnis wird in Form einer Zeitung, eines Radio- oder Filmbeitrags aufbereitet, diese werden am Ende des Workshops in der Gruppe allen präsentiert und im Anschluss im Kinder-Internet (www.demokratiewebstatt.at) publiziert.

Themen und Inhalte werden altersspezifisch aufbereitet und sind jeweils auf die Anforderungen und Bedürfnisse der 8- bis 10-Jährigen, der 10- bis 12-Jährigen und der 12- bis 14-Jährigen abgestimmt.

Die vier unterschiedlichen Werkstätten definieren sich durch ihre Schwerpunkte. In der Werkstatt mit ParlamentarierInnen mit dem Thema: „Sind Gesetze für alle da?“ erfahren die TeilnehmerInnen alles rund um Gesetze. Auf eine Expedition durchs Parlament „auf der Spur des Gesetzes“ begibt man sich in der Politischen Werkstatt, während in der Partizipationswerkstatt die verschiedenen Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozesse „erspielt“ werden. Medienkompetenz an sich steht im Mittelpunkt der Medien Werkstätten („Zeitungen, Radio, Film – selbst machen!“)

Die Teilnahme an den verschiedenen Workshops wird im Demokratiewerkstatt-Pass bestätigt. Wer alle Werkstätten absolviert hat, wird von der Präsidentin des Nationalrates zum „Demokratiewerkstatt-Profi“ gekürt! Die erste „Profi-Ehrung“ fand am 18. Juni 2008 statt, geehrt wurden 7 Schulklassen mit insgesamt 173 Kindern und Jugendlichen.

Neben den regulären Inhalten wurden im Laufe des ersten „Betriebsjahres“ in drei der vier Werkstätten auch erste „Sonderthemen“ behandelt

- **Shape-up-Workshops** (Werkstatt mit ParlamentarierInnen, Medienwerkstatt) am 28. Februar 2008
-

Im Rahmen des EU-Projekts Shape-up zur Förderung der Gesundheit und eines ausgewogenen Heranwachsens konnte die 3B des GRG 21, Franklinstraße 21 in der Demokratiewerkstatt mit Unterstützung der anwesenden ExpertInnen neue Wege zur Erreichung ihrer Projekt-Ziele erarbeiten.

- **Workshops für lernbehinderte Erwachsene** (Werkstatt mit ParlamentarierInnen) am 2. April 2008

Fragen, die Menschen mit Lernbehinderung in der Gestaltung ihres Lebensumfelds unmittelbar betreffen, wie etwa zu Sachwalterschaft, Pflege zu Hause, betreffend gesetzliche Verankerung ihrer Vertretungen sowie Arbeits- und Weiterbildungsmöglichkeiten, standen im Mittelpunkt der beiden Workshops mit ParlamentarierInnen.

- **Themen aus der Schulpolitik** (Partizipationswerkstatt, 18. Februar bis 6. August 2008)

Was PolitikerInnen aus Sicht von Kindern und Jugendlichen über die Schule wissen sollten, wird derzeit auf Initiative des Unterrichtsausschusses des Nationalrates in den Workshops der Partizipationswerkstatt erarbeitet.

Organisation

Für Gruppen (Schulklassen, Hortgruppen, ...) werden die Workshops von Montag bis Freitag werktags um 8.30 Uhr und um 13.30 Uhr angeboten. Ist der Schulstandort

weiter als 100 km von Wien entfernt, kann die Beginnzeit auf 10.30 Uhr verlegt werden. EinzelteilnehmerInnen haben jeden ersten Samstag im Monat nachmittags im Rahmen von öffentlichen Workshops Gelegenheit, an der Demokratiewerkstatt teilzunehmen (Dauer der Workshops: 3,5 bis 4 Stunden.)

Auch in den Sommerferien wird es öffentliche Workshops in der Demokratiewerkstatt geben: jeden Mittwoch (9., 16., 23., 30. Juli und 6. August 2008), jeweils von 9 bis 12.30 Uhr und von 14 bis 17.30 Uhr!

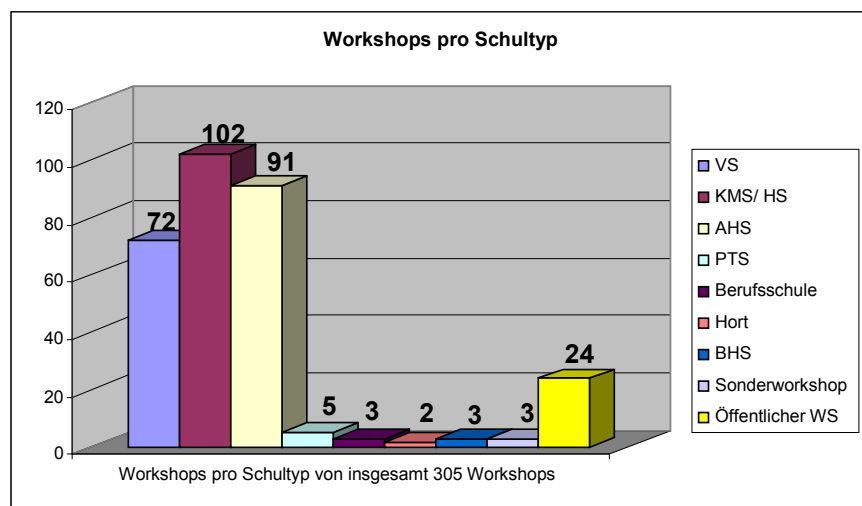
Als Probelauf für eine engere Kooperation mit den Bundesländern gastierte die Demokratiewerkstatt von 28. Juni bis 3. Juli 2008 im Vorarlberger Landtag.

Statistik:

In den ersten acht Monaten seit der Eröffnung am 25. Oktober 2007 nützten über 7100 Kinder und Jugendliche in insgesamt 305 Workshops das Angebot der Demokratiewerkstatt, viele von ihnen sogar in mehreren Werkstätten. Fast die Hälfte aller Schulklassen, die die Demokratiewerkstatt in Wien besucht haben, kommt bereits aus Schulen außerhalb Wiens!

Im Zeitraum 25. Oktober 2007 bis 26. Juni 2008 wurden insgesamt 305 Workshops durchgeführt. Mit Beginn des Nachmittagsbetriebes im Februar stieg die Zahl der pro Woche durchgeführten Workshops. In den Osterferien fanden keine Workshops statt. Prüfungsintensive Wochen schlagen sich in der Statistik ebenfalls nieder.

Im Vergleich der Schultypen und der damit eng verbundenen Altersabstufung zeigt sich, dass eine gute Verteilung zwischen Volksschule (8- 10 Jährige) und der Sekundarstufe1 (10-14 Jährige) besteht. Eine eher gleichmäßige Verteilung auf Volksschulen, KMS/ Hauptschulen und Gymnasien ist zu beobachten.



Jene TeilnehmerInnen, die alle Workshops absolvierten, wurden von der Präsidentin des Nationalrates zu „Demokratiewerkstatt-Profis“ ernannt.



*Ehrung der ersten Demokratiewerkstatt-Profis
am 17. 06. 2008*

Leitfiguren - Namensfindung:

Zum Start der Demokratiewerkstatt im Oktober 2007 wurden auch die vier neuen Leitfiguren für das Kinder- und Jugendangebot präsentiert. Gemäß dem Ziel des Projekts Demokratiewerkstatt, Kinder und Jugendliche zu ermutigen, aktiv an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, stand auch die Namensfindung für die vier Leitfiguren unter dem Motto Mitbestimmen-Mitgestalten. Bis Februar 2008 konnten über die Demokratiewerkstatt, das Besucherzentrum und die DemokratieWEBstatt Vorschläge eingebracht werden.

Aus den ca. 1600 Einsendungen wurden von einer sechsköpfigen Jury, der unter anderem die Kinderbuchautorin Christine Nöstlinger angehörte, vier Namensvorschläge pro Figur ausgewählt, über die im Anschluss per DemokratieWEBstatt abgestimmt wurde.

Kontakt: demokratiewerkstatt@parlament.gv.at

Jugendparlament

Im Zuge der Neugestaltung des Kinder- und Jugendangebotes wurde auch das Konzept für das Jugendparlament überarbeitet. In Hinkunft wird es zwei Mal im Jahr im österreichischen Parlament ein Jugendparlament geben. Ob im Klub für die eigene Position werben, Kompromisse suchen, Reden vorbereiten und schließlich über eine Gesetzesvorlage abstimmen – bei Ausschuss- und Plenarsitzungen haben die Jugendlichen einen Tag lang Gelegenheit, einmal selbst zu erleben, was es heißt, PolitikerIn zu sein, und wie politische Entscheidungen zu Stande kommen.

Ziel ist es, bei den Jugendlichen Interesse für demokratische Entscheidungsprozesse zu wecken und ein vertieftes Verständnis für parlamentarische Abläufe zu vermitteln. Der Gesetzgebungsprozess soll in seinen Kernpunkten verstanden und nachvollzogen, nicht nur simuliert werden.

Am Beginn des Jugendparlamentstages steht die Aufteilung der TeilnehmerInnen in vier fiktive Klubs. Jeder der Klubs erarbeitet seine Position zu einem vorliegenden Gesetzesvorschlag, wählt eine/n Vorsitzende/n und bestimmt, welche Personen den Klub in den Ausschuss-Beratungen vertreten werden. Diese versuchen, in der



anschließenden Ausschusssitzung mit den VertreterInnen der anderen Klubs eine Position zu finden, der die Mehrheit aller Jugend-ParlamentarierInnen in der am Nachmittag stattfindenden Plenarsitzung zustimmen kann.

Um die Erarbeitung von Kompromiss-Varianten zu erleichtern, stehen den Jugendlichen den ganzen Tag über Abgeordnete sowie MitarbeiterInnen des Parlaments mit Rat und Tat zur Seite.

TeilnehmerInnen

Vor dem Hintergrund der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre werden die SchülerInnen der 9. bzw. 10. Schulstufe aller Schultypen jenes Bundeslandes, das gerade den Vorsitz im Bundesrat inne hat, aufgerufen, sich für die Teilnahme am Jugendparlament zu bewerben.

Arbeitsmaterialien

Damit sich die Jugendlichen bereits im Vorfeld mit parlamentarischen Abläufen und Begriffen vertraut machen können, erhalten die drei ausgewählten Klassen und ihre LehrerInnen ein Paket von Arbeitsmaterialien, welches nähere Informationen zum jeweiligen Thema sowie über parlamentarische Abläufe beinhaltet. Die Arbeitsmaterialien sind auch abseits des Jugendparlaments im Unterricht einsetzbar und können auf der Website www.reininsparlament.at abgerufen werden.

„Jugendparlament 05/08“ am 16. Mai 2008

Im 1. Halbjahr 2008 erging die Einladung zur Teilnahme an alle Klassen der 9. Schulstufe in Tirol. Eine Jury hat unter mehreren Bewerbern

- die A-Klasse der Polytechnischen Schule Wipptal,
- die 1B der Katholischen Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik Innsbruck und
- die 5A des Bundesgymnasiums Reithmannstraße ausgewählt.

Sie haben die Frage „Was bedeutet Demokratie für dich und deine KlassenkollegInnen?“ am originellsten und kreativsten beantwortet.

Thema der Diskussion in Klub- und Ausschusssitzungen sowie im Plenum des Jugendparlaments war das „Jugendstrafrecht“.

Kontakt: jugend@parlament.gv.at ; www.reininsparlament.at

Jugendparlament am 16.05.2008



11. Die Personalentwicklung in der Parlamentsdirektion

Von den vielfältigen Aufgabenfeldern der Personalentwicklung soll hier exemplarisch die Ausbildung von Lehrlingen dargestellt werden.

Ausbildung von Lehrlingen

Schon im September 2005 wurden insgesamt 5 Lehrlinge, davon 3 EDV-Technikerlehrlinge und 2 Verwaltungsassistentinnenlehrlinge nach Vorauswahl durch das AMS-Jugendliche und einem spezifischen Auswahlverfahren in der Parlamentsdirektion aufgenommen.

Derzeit bildet die Parlamentsdirektion insgesamt 7 Lehrlinge, männlich und weiblich, aus. Und zwar:

2 EDV-Technikerlehrlinge in der EDV-Abteilung

beide im dritten Lehrjahr einer 3 ½ jährigen Lehre

5 VerwaltungsassistentInnenlehrlinge

in den Bereichen Nationalratskanzlei und in der Wirtschaftsstelle, EU- und Internationaler Dienst und in der EDV-Abteilung. Davon sind 2 Lehrlinge im dritten Lehrjahr und 3 Lehrlinge im ersten Lehrjahr.

Im April des Jahres 2008 wurden auf Grund der guten Erfahrungen mit der Lehrlingsausbildung drei weitere Verwaltungsassistentinnenlehrlinge für einen Lehrlingsausbildungsbeginn im September 2008 für die Abteilungen Demokratiewerkstatt, Technische Gebäudeverwaltung und Wirtschaftsstelle ausgewählt.

Den Lehrlingen wurde Gelegenheit gegeben, „Schnuppertage“ in den in Frage kommenden Abteilungen zu verbringen.

12. Informationsangebote des österreichischen Parlaments

Umfassendes Angebot im Internet

Das umfassende Internetangebot des österreichischen Parlaments (www.parlament.gv.at) stellt nicht nur den Gesetzgebungsprozess und die parlamentarische Kontrolle möglichst lückenlos dar, sondern bietet auch umfangreiche Informationen zu verschiedensten Themenbereichen, wie zum Beispiel Parlament und Europäische Union, Parlament und BürgerInnenbeteiligung.

Hervorgehoben durch sogenannte Teaser („Blickfänger“) auf der Einstiegsseite werden gebündelte Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen, wie zum Beispiel zu den Untersuchungsausschüssen, zur Demokratiewerkstatt, zum Themenbereich Frauen und Parlament, zu den Kunstführungen und zum Jugendparlament dargestellt.

Weiters ist auf der Parlamentsseite ein „elektronisches Archiv“ der Parlamentsarbeit seit 1996 im Volltext abrufbar: Durch den Zugang zum gesamten Begutachtungsverfahren zu Regierungsvorlagen wird auch der vorparlamentarische Diskussionsprozess abgebildet.

Im vergangenen Jahr – Juli 2007 bis Ende Mai 2008 – gab es rund 1.060.000 „unique visitors“ des Parlaments im Internet. 70 Millionen Hits wurden gezählt und 15 Millionen Pages aufgerufen. Diese Steigerung um rund 25% gegenüber dem Vorjahr zeigt deutlich, dass sich die BenutzerInnen intensiv mit der Website und der Arbeit des Parlaments befassen.

BürgerInnenservice

Das BürgerInnenservice ist die zentrale Auskunft- und Servicestelle der Parlamentsdirektion und informiert über das parlamentarische Geschehen. Es beantwortet Anfragen zu aktuellen Gesetzgebungsvorhaben und Gesetzesbeschlüssen, zu parlamentarischen Materialien, zur Funktionsweise der gesetzgebenden Organe des Bundes, zu Biographien sowie zur parlamentarischen Tätigkeit der MandatarInnen um nur einige Beispiele zu nennen.

Das Bürgerservice versteht sich auch als Wissensplattform, die aktiv Informationsleistungen anbietet (z.B. Erstellung von FAQs der Parlamentswebsite, Zusammenstellung von Informationen zu aktuellen Themen).

Kontakt:

Tel.: 0810/312 560 (Ortstarif aus ganz Österreich)

Postadresse:

Bürgerservice der Parlamentsdirektion, Dr. Karl Renner-Ring 1-3, 1017 Wien

E-Mail: services@parlament.gv.at

Parlamentsführungen

Öffentliche Führungen: Alle öffentlichen Führungen werden in Deutsch und Englisch angeboten. Bei öffentlichen Führungen ist für Einzelpersonen keine Anmeldung erforderlich.

Mitte September bis Mitte Juli:

Montag bis Donnerstag (werktags)

11:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Freitag (werktags)

11:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Samstag (außer an Feiertagen)

11:00, 12:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Ticketverkauf: Montag bis Freitag: 08:30 – 18:30 Uhr; Samstag: 09:30 – 16:30 Uhr

Mitte Juli bis Mitte September:

Montag bis Samstag (werktags)

11:00, 12:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Ticketverkauf: Montag bis Samstag: 09:30 – 16:30 Uhr

Spezielle **Familienführungen** werden in deutscher Sprache abgehalten und samstags um 10:30 Uhr und 14:30 Uhr angeboten.

Gruppen-Führungen (ab 15 Personen): Ab einer Gruppengröße von 15 Personen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich. Auf Anfrage sind Gruppen-Führungen auch in Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch möglich. Termine werden nach Verfügbarkeit vergeben. Für Gruppen besteht zudem die Möglichkeit, vertiefend spezielle Inhalte vermittelt zu erhalten. Angeboten werden diese Themenführungen beispielsweise mit den Schwerpunkten Gesetzgebung, Kunstgeschichte und Architektur, Entwicklung des (Frauen-) Wahlrechts oder Parlamentarismus in der Zeit der K & K-Monarchie.

Kostenlos werden Führungen im Rahmen von Veranstaltungen des Parlaments sowie am Tag der Offenen Tür am 26. Oktober und anlässlich besonderer Ereignisse wie zum Beispiel während der Euro 2008 vom 7. bis 29. Juni angeboten.

Führungen im Palais Epstein

Von Mitte September bis Mitte Juli werden am Samstag um 11:00 und um 14:00 Uhr öffentliche Führungen durch die Bel Etage des Palais Epstein angeboten. Für Gruppen besteht an diesem Tag auf Anfrage auch die Möglichkeit, zusätzliche Termine zu buchen. Weiters werden ermäßigte Tickets für einen kombinierten Besuch des Parlamentsgebäudes und des Palais Epstein angeboten.

An Sonn- und Feiertagen, an den Sitzungstagen des Nationalrates und des Bundesrates sowie an Tagen mit Großveranstaltungen im Parlament werden keine Parlamentsführungen angeboten.

Zutritt

Zentraleingang Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien (= Eingang zum BesucherInnenzentrum), direkt hinter dem Pallas Athene-Brunnen

Anmeldung

Parlamentsdirektion/Führungskoordination

Dr. Karl Renner-Ring 3

A-1017 Wien

Telefonanmeldung: +43/1/40110–2400

Fax: +43/1/40110–2664

E-Mail: besucherservice@parlament.gv.at

Besuch von Plenarsitzungen

Die Plenarsitzungen des Nationalrates und Bundesrates sind grundsätzlich öffentlich. Zuhörerinnen und Zuhörer sind herzlich eingeladen, die Sitzungen von der BesucherInnenгалerie des Nationalratssitzungssaals bzw. von den BesucherInnenplätzen im Bundesratssitzungssaal mitzuverfolgen. Erforderlich dafür ist neben einer (kostenlosen) Eintrittskarte ein amtlicher Lichtbildausweis. Eintrittskarten sind an den Sitzungstagen direkt bei den Publikumszugängen erhältlich. Bei Gruppen über fünf Personen ist eine Anmeldung erforderlich. Für Einzelpersonen sind im Regelfall Plätze vorhanden. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, sich für die gewünschte Sitzung anzumelden.

Anmeldungen per e-mail unter sicherheitsabteilung@parlament.gv.at bzw. telefonisch unter 01 401 10 DW 2482 oder 2333.

Pressedienst

Der parlamentarische Pressedienst, die Parlamentskorrespondenz, berichtet objektiv, umfassend und parteiunabhängig über das Geschehen im Parlament. Mit dem E-Mail-Abonnement der Meldungen der Parlamentskorrespondenz werden Sie automatisch per E-Mail über jede neue Aussendung informiert. Sie können sämtliche Aussendungen der Parlamentskorrespondenz abonnieren oder eine Auswahl nach Themenfeldern treffen. Dieses Informationsservice ist kostenlos.

Kontakt:

www.parlament.gv.at; Menüpunkt: Aktuelles, dann: Pressedienst

E-Mail: pk@parlament.gv.at

Bibliothek

Die Bibliothek verfügte per 31. Dezember 2007 über 328.269 Bücher und sonstige Medien. Davon wurden 22.478 im Jahr 2007 von 1.897 LeserInnen in der Bibliothek benützt; 2.905 Werke wurden entlehnt.

Schon seit 2004 digitalisiert die Österreichische Nationalbibliothek im Rahmen des Projektes "ALEX" historische Rechts- und Gesetzestexte. Nun konnte, rechtzeitig zum Gedenkjahr 2008, in Kooperation mit der Parlamentsbibliothek, auch die letzte Lücke bei den Parlamentarischen Materialien 1848 – 1934 geschlossen werden. Seit Ende 2007 sind auch die Stenographischen Protokolle der 1. Republik (1918 – 1934) und deren Beilagen online zugänglich. Zugänglich sind die historischen Parlamentarischen Materialien, zu denen etwa auch die Verhandlungen des Reichstags 1848/49 und die Stenographischen Protokolle der Reichsratssitzungen 1861-1918 zählen, direkt über <http://alex.onb.ac.at> oder über den Virtuellen Lesesaal auf der Website des Parlaments (Menüpunkt Service und Kontakt).

Die Bibliothekskataloge im Internet: www.parlament.gv.at/bibliothek



Anschrift und Kontakt

Dr. Karl Renner-Ring 3
A-1017 Wien-Parlament
Tel.: +43/1/40110-2285
Fax: +43/1/40110-2825
bibliothek@parlament.gv.at

Parlamentsarchiv/Parlamentarische Dokumentation

Im Archiv des Parlaments werden die Archivalien der gesetzgebenden Körperschaften Österreichs seit 1861 verwahrt, weiters stehen ein Planarchiv mit den erhalten gebliebenen Originalplänen für das Parlamentsgebäude und ein Bildarchiv zur Verfügung. Externe BenutzerInnen können die Archivalien bei Vereinbarung eines Besuchstermins einsehen.

Auskünfte:

Tel.: +43 1 401 10-2788
Fax: +43 1 401 10-2537

Titelbild – Die Siegesgöttin Nike in der Hand von Pallas Athene vor der österreichischen Fahne (Vorplatz Parlamentsgebäude); Foto: Parlamentsdirektion/Zofall

Bildnachweis:

Portrait der Präsidentin des Nationalrates Mag.^a Barbara Prammer (Seite 3); Foto: Petra Spiola
Vertrag von Lissabon - Verfassungsausschuss am 5. Februar 2008 im Budgetsaal (Seite 19); Foto: Mike Ranz
Nord-Süd Dialog: Veranstaltung am 19.11.2007 (Seite 25); Foto: HBF/Srodic
Parlamentarisches Forum gegen Streunmunition am 04.12.2007 (Seite 25); Foto: HBF/Pusch
Forum der Interparlamentarischen Union gegen den Menschenhandel am 12.2.2008 (Seite 26); Foto: HBF/Srodic
Besuch des schwedischen Königspaares am 20.11.2007 (Seite 27); Foto: Mike Ranz
Besuch des Präsidenten der Sozialistischen Republik Vietnam Nguyen Minh Triet am 3.6.2008 (Seite 28); Foto: Willibald Haslinger
Die PräsidentInnen begrüßen BesucherInnen am 26.10.2007 (Seite 32); Foto: Mike Ranz
Ansprache von Barbara Prammer am 5. Mai 2008 (Seite 32); Foto: Mike Ranz
Barbara Prammer und Roger Moore bei einer UNICEF-Veranstaltung am 25.09.2007 (Seite 33); Foto: Bettina Mayr-Siegl
Dritter Österreichischer Kinderkongress am 14.11.2007 (Seite 33); Foto: Bettina Mayr-Siegl
Töchterttag im Parlament 24.04.2008 (Seite 34); Foto: Bettina Mayr-Siegl
Vertrag von Lissabon: Fakten und Einschätzungen. Erste Informationsveranstaltung am 22.02.2008: „Die Zukunft Europas“ (Seite 34); Foto: Bettina Mayr-Siegl
Konferenz zur Europarats-Kampagne gegen häusliche Gewalt (Seite 35); Foto: HBF/Srodic
NR-Präsidentin Prammer, GD Wrabetz und Hopfmüller-Hlavac; (Seite 35); Foto: Carina Ott
Tagung „Feindbilder in Europa“ 2.4.2008 (Seite 35); Foto: Carina Ott
NR-Präsidentin Prammer mit Zeitzeuginnen (Seite 35); Foto: Carina Ott
„Fußball verbindet!“ am 20.05.2008 (Seite 36); Foto: Mike Ranz
VolksanwältInnen Kostelka, Fekter und Stoits; (Seite 36); Foto: Bettina Mayr-Siegl
Lupac-Wissenschaftspreis 27.11.2007 (Seite 36); Foto: Mike Ranz
Internationaler Frauentag 07.03.2008 (Seite 37); Foto: Carina Ott
Empfang anlässlich des Malwettbewerbs: Kinder malen eine Marke am 14. Mai 2008 (Seite 37); Foto: © Bundesheer
Zeitgenössische Kunst im Hohen Haus (Seite 37); Ölkreide auf Papier, Künstler: Hofer, Siggi ; Foto: Parlamentsdirektion/Buchner
Eröffnung der Demokratiewerkstatt am 25.10.2007 (Seite 38); Foto: Mike Ranz
Ehrung der ersten Demokratiewerkstatt-Profis am 17.06. 2008 (Seite 41); Foto: Mike Ranz
Jugendparlament am 16. 05. 2008 (Seite 42); Foto: Mike Ranz

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber: Parlamentsdirektion

Beiträge, Statistiken, sonstige Mitarbeit: Johann Achter; Martina Breinhölder; Michael Buchner; Helga Deutsch; Dr.ⁱⁿ Elisabeth Dietrich-Schulz; Eigner Veronika; Dr. Wolfgang Engeljehring; Mag. Leopold Fruhmann; Dr.ⁱⁿ Martha Giefing; Mag. Thomas Holzinger; Dr.ⁱⁿ Susanne Janistyn; MMag.^a Ines Kerle; Mag. Gerhard Koller; Mag.^a Hannah Lessing; Dr. Gottfried Marckhgott; Mag. Gottfried Michalitsch; Dr. Erich Saurugger; Dr. Günther Schefbeck; Mag.^a Elisabeth Schindler-Müller; Mag. Jürgen Schremser; Christian Schwestka; Johanna Simmer; Mag.^a Gerda Steinberger; Johann Steindl; Dr. Rudolf Stohanzel; Mag.^a Tatjana Walter; Dr. Franz Joseph Weißenböck; Mag. Alexis Wintoniak; Dr. Joseph Wirnsperger; Dr. Jörg Wirrer; Bernhard Zofall

Redaktion: Dr. Karl Megner, MAS

Layout/Graphische Gestaltung: Dieter Weissner

Druck: Parlamentsdruckerei

Wien, im Juli 2008

BILANZ 2007/2008